

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Berlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellscheile oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellscheile 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Reichsregierung und Eisenbahnerbewegung.

Wenn den Eisenbahnern und Beamten der Geduldsfaden reißt ob der Verschleppung ihrer Forderung durch die Regierung, so braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, die Reichsregierung allein trägt für alle Folgen des Streiks die Verantwortung. Welches jämmerliche Spiel die Regierung treibt, geht aus einer „Berichtigung“ hervor, die sie durch das Wolffsche Bureau über die Rede Dr. Wirths im finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats veröffentlicht. Da war von 7 Milliarden die Rede, um die das Defizit im Haushaltsplan durch die Forderungen der Eisenbahner und Beamten erhöht werde. Jetzt will er diese Summe nicht mit Bezug auf die Eisenbahnerforderungen genannt haben, sondern nur vergleichsweise mit den Fehlbeträgen des Etats von 1920. Der Staatssekretär Schröder hatte in jener Sitzung die Summe von 2½ Milliarden genannt, die zur Deckung der Eisenbahner- und Beamtenforderungen nötig seien. An diesem Beispiel sieht man, mit welchen Mitteln gegen die Beamten und Eisenbahner Stimmung gemacht wird.

Vor der endgültigen Entscheidung will die Regierung noch einmal mit den Freistaatsfinanzministern verhandeln; eine Meldung darüber sagt:

Berlin, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Kabinett hat sich gestern mit der Frage der Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reiches beschäftigt. Dem Wunsche der in Bamberg tagenden Konferenz der Finanzministerien der Länder, vor endgültiger Stellungnahme gehört zu werden, ist einer auf kommenden Mittwoch anberaumten Sitzung Rechnung getragen worden. Das Kabinett hat gleichzeitig die Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Beseitigung der bereits jetzt schon sich im ordentlichen Haushalt ergebenden Fehlbeträge, die durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge eine weitere Steigerung erfahren werden, zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung gemacht. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, über diese Frage eine genehmigte Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften in Verbindung mit der Entscheidung über die Bewilligung der Teuerungszuschläge herbeizuführen.

Die Wirkung über das Verhalten der Regierung zeigt sich schon aus folgendem:

Berlin, 11. Januar. (U.) Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes hat in zweitägiger Beratung zu dem zwischen dem Iser-Ausschuss und der Regierung zustande gekommenen Verhandlungsergebnis Stellung genommen. Die völlig unzureichenden Zugeständnisse und die auf den Eisenbahnerorganisationen lastende große Verantwortung veranlassen den erweiterten Vorstand, vor der endgültigen Beschlussfassung erst noch entsprechende Schritte zur völligen Klärung der Sachlage zu unternehmen. Der endgültige Beschluss steht also noch aus.

Frankfurt a. M., 11. Januar. (U.) Die Eisenbahner des rheinisch-westfälischen Industriebezirks sind mit dem Angebot des Reichsverkehrsministers nicht zufrieden und wollen sich bei den bisher gemachten Zugeständnissen nicht beruhigen. Der Eisenbahner-Aktionsausschuss der vier großen Eisenbahnerverbände erklärt in einem Telegramm an den Eisenbahnerausschuss in Berlin, daß die bisherigen Verhaftungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet große Beunruhigungen hervorgerufen und unabsehbare Folgen nach sich ziehen könnten. Die Eisenbahner des Westens seien gewillt, sich mit den bisherigen Zugeständnissen nicht zu fügen und stellen eine Sonderaktion in Aussicht.

Protest gegen die Amnestierungs-Schmach.

Die Kreisgeneralversammlung der USPD, Teltow-Beeskow, die am Sonntag in Neukölln tagte, nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die heute gemeldete Begnadigung Bogels, des Mörders Rosa Luxemburgs, macht das Maß der Schande voll, das die deutsche Justiz in den letzten Monaten auf sich gehäuft hat. Die Bezirksgeneralversammlung von Teltow-Beeskow brandmarkt mit Entrüstung das schandbare Verhalten der Justizbehörden und fordert die Arbeiterschaft auf, überall, in Betriebsversammlungen usw., zu diesem Urteil Stellung zu nehmen, um ihren Protest gegen die herrschende Justizschande zum Ausdruck zu bringen.

Die bürgerliche Welt findet es sehr richtig, daß die Mörder von Revolutionären nicht bestraft werden. Ihre Presse hat gegen die Amnestierung Bogels nichts einzuwenden, ihre Telegraphenbureaus nehmen von der Sache keine Notiz. Wozu auch!

Eine Beruhigungsspielle.

Folgende Meldung wird von der Tel.-Union verbreitet:

U. Berlin, 11. Januar. Gegen die Amnestierung des im Zusammenhang mit der Tötung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilten und dann nach Holland geflüchteten Oberleutnants Bogel hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt. Die

Auffassung, daß die Amnestie bereits rechtskräftig ist, ist nach der Volksischen Zeitung irrig. Es handelt sich nur um einen Beschluß der Strafkammer. Die Entscheidung liegt beim Kammergericht, welches erst im Laufe der Woche seinen Beschluß fassen wird. Wie das Blatt hört, ist jedoch kaum daran zu zweifeln, daß das Landgericht der Auffassung der Strafkammer nicht beitreten und die Amnestie gatt ablehnen wird.

Die Volksische Zeitung wird schwerlich eine Garantie für die Entscheidung des Kammergerichts übernehmen können. Wir sind sehr mißtrauisch gegen diese Beruhigungsspielle — sie darf den Protest des Proletariats gegen die Absicht, einen der Mörder des Edenhotels als politischen Verbrecher zu amnestieren, jedenfalls nicht einschläfern!

Wie steht es denn übrigens mit dem Geständnis Runge's, mit der Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Mörderoffiziere? Wir werden ob des Spezialfalls Vogel nicht vergessen, daß die Mordtat an Liebknecht und Rosa Luxemburg noch immer ungeklärt ist. Das Geständnis Runge's zeigt die Schuld der Mörderoffiziere in trassierter Deutlichkeit. Will die deutsche Justiz daran befinden Augen vorbeigehen?

Der monarchistische Kurs in Bayern.

München, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Mahregelung der sozialistischen Beamten in Bayern wird fortgesetzt. Gestern wurden in München drei Schulkleute aus dem Dienst entlassen, weil sie Mitglieder der USPD sind. Dagegen sind monarchistisch gesinnte Schulkleute höchst willkommen. Als der Gesangverein der Schulkleute Münchens vor kurzem dem ehemaligen bayerischen König ein Ständchen auf seinem Schloß in Wildenwart brachte, erwarb er sich höchste Anerkennung.

Reaktionäre und Kommunisten.

München, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Münchner Neuesten Nachrichten beschäftigen sich in ihrem letzten Artikel mit den Vorgängen in Pilsen und mit dem offenen Brief der USPD, in dem diese zur Aktion aufruft, und benutzen diesen Aufruf dazu, die „Notwendigkeit der bayerischen Selbstschutzbünde“ nachzuweisen. Am Schluß des Artikels schreibt das Stinnesblatt:

Was einem entwaffneten Deutschland ohne Selbstschutz bevorsteht, ist durch die Aktionen der letzten Tage klar ausgelegt. Der Terror der Straße, mit dem die Kommunisten die Aktionen einleiten, muß im bolschewistischen Chaos enden, wenn nicht eine starke Regierung rechtzeitig den Damm gegen die Flut setzt, wenn nicht alle ordnungsgeschöpfenden Elemente geschlossen stehen im Kampf gegen die bolschewistische Diktatur.

So liefert die USPD, der bayerischen Reaktion die Argumente für das Festhalten an der konterrevolutionären Einwohnerwehr

Fürst Bülow bürgerlicher Kandidat für die Reichspräsidentenschaft?

Wie der Dena aus parlamentarischen Kreisen berichtet wird sind zahlreiche Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei bereit, eine Kandidatur des ehemaligen Reichszanzlers Fürsten Bülow für das Amt des Reichspräsidenten zu unterstützen. Fürst Bülow soll sich dem Vernehmen nach zur Annahme des Amtes bereit erklärt haben.

Ob die andern bürgerlichen Parteien den Kandidaten der Stinnesleute akzeptieren werden, ist noch nicht bekannt, aber bei dem Mangel an geeigneten Persönlichkeiten nicht unwahrscheinlich — es wäre denn, daß die Deutschnationalen ihren Hindenburg oder Ludendorff, den Rappistengeneral, präsentieren wollten.

Wir könnten mit der Kandidatur des Schaumshäglers Bülow zufrieden sein. Er hat so viel reaktionäre Handlungen und Streichen an dem Kerbholz, daß sich an diesem Kandidaten die Volkseindlichkeit der bürgerlichen Parteien ganz trefflich zeigen ließe.

Das Programm russischer Liberaler.

Berlin, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Paris wird gemeldet: Kerenki wird in der Sitzung selbiger Mitglieder der russischen Konstituante am Montag ein Programm zur Erklärung vorlesen, in der er die Unmöglichkeit der Wiederherstellung des zaristischen Systems besprechen wird. Wie der Abgeordnete Solowjow mittelt, wird er ferner hervorheben, daß die Verbündeten sich übertriebene Vorstellungen von den Getreidemengen und Rohstoffen, die Rußland ausführen könnte, machen. Ein baldiger Zusammenstoß zwischen Bolschewisten und den russischen Volksmassen sei unvermeidlich. Eine Evolution des bolschewistischen Regimes im demokratischen Sinne müsse als ausgeschlossen betrachtet werden. Die Erklärung Kerenkis wird gegen jede militärische Einmischung und überhaupt gegen jede fremde Intervention in die inneren russischen Angelegenheiten Einspruch erheben. Nach Solowjows Mitteilungen wird die Versammlung vermutlich eine Entschließung gegen die Blockade der Verbündeten und für die Wiederherstellung des freien Handels aller Länder mit Rußland annehmen.

Selbstaufgabe oder Demagogie?

Die Zentrale der USPD, veröffentlicht in ihrer Sonnabendausgabe einen Offenen Brief an den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, an die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, an die Allgemeine Arbeiterunion, die Freie Arbeiterunion (Syndikalistin), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und an die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands. Sie richtet darin an diese Organisationen die bis zum 12. d. befristete Aufforderung, eine einheitliche Aktion zur Erhöhung der Bezüge der Arbeiter, Beamten, Arbeitslosen, Unterstützungsempfänger usw. und zur Durchsetzung von Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen in die Wege zu setzen — Forderungen, über deren Berechtigung und Notwendigkeit im großen und ganzen keine Meinungsverschiedenheit innerhalb proletarischer Parteien bestehen dürfte.

Was soll man aber dazu sagen, daß gerade die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands diesen Aufruf zur gemeinsamen Aktion erhebt, die Partei, die ihr kümmerliches Leben nur durch unaufhörliche Spaltungen zu fristen vermochte, deren letzte Großtat die Schwächung der allein zu revolutionären Aktionen fähigen proletarischen Massenpartei, der USPD, war? Und was soll man weiter dazu sagen, wenn die rote Fahne in einem Kommentar zu diesem Offenen Brief sagt:

„In keinem Augenblick darf der Kampf der Kommunisten gegen andere proletarische Parteien zu einem Kampf gegen einen Teil der proletarischen Klasse werden. Wo immer die Lebensnotwendigkeit des Proletariats es verlangt, kennt die kommunistische Partei „keine Parteien“ mehr. Denn erste Voraussetzung ist, daß das Proletariat lebe. Nur wenn es lebt, kann es sich befreien.“

Der einzige Daseinszweck der roten Fahne und der kommunistischen Partei war bisher die Begeisterung nicht bloß eines Teiles der proletarischen Klasse, sondern der Gesamtheit des Proletariats, mit Ausnahme des kleinen Häufchens der unentwegten, von Marx'scher Erkenntnis unbeschwertem Phrasenreim im eigenen Lager. Mit den oben angeführten Worten haben die Kommunisten ihren Daseinszweck und damit sich selbst aufgegeben — oder die Demagogie und Heuchelei, ihre von Moskau geheiligte Waffe im Kampfe gegen das Proletariat, auf die Spitze getrieben.

Zu dieser letzteren Auffassung muß man auch gelangen, wenn man sich die Forderungen, für die die Aktion gelöhnt werden soll, im einzelnen beachtet. Bisher war die Politik der Kommunisten einzig und allein auf die „Weltrevolution“ eingestellt, auf die sie hypochondrisch hinstarrten und um derenwillen sie auf den Kampf um konkrete Tagesziele verzichteten. Gestützt wurde diese wahnsinnige oder verbecherische Politik durch eine mißverständliche Auffassung der Marx'schen Verelendungstheorie, die das Proletariat ins tiefste Elend gestürzt wissen will, um es zur Revolution „reif“ zu machen.

Nun wird scheinbar die ganze bisherige Politik über den Haufen geworfen, die kommunistische Partei, die bisher auf die politische und wirtschaftliche Schwächung des Proletariats hingearbeitet hat, um es revolutionsreif zu machen, ist scheinbar zur Einsicht gekommen, daß sie jenem Arzte gleicht, der triumphierend meldet: Operation gelungen, Patient tot. Nun geben die Kommunisten in letzter Stunde, nachdem sie den Patienten fast zu Tode gehehrt haben, vor, „wir Kommunisten wollten, daß das Proletariat lebe“. Und wie wollen sie es am Leben erhalten? Durch denselben Kampf um konkrete Tagesziele, den sie bisher planmäßig sabotiert und verhöhnt haben!

Was soll man zu dieser auf die Spitze getriebenen Demagogie sagen? Ist es möglich, mit einer solchen Partei, die wie das Rohr im Sturm augenblicklicher Stimmungen schwankt, gemeinsame Aktionen durchzuführen? Sowiegen wir die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes des gesamten Proletariats um gemeinsame Ziele bestreiten wollen, ja so sehr wir unermüdet auf sie hinweisen, sowiegen fühlen wir uns dazu gedrängt, der Demagogie und Sensationshascherei der Kommunisten Vorstoß zu leisten.

Wie aus einer späteren Meldung der roten Fahne hervorgeht, scheinen die Kommunisten die „Einigung“ zu gemeinsamer Aktion mit einem Weltertreiben der Spaltung beginnen zu wollen. Es werden nämlich die kommunistischen Organisationen aufgefordert, „die Aufforderungen, die an die Zentralkomitees der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft gerichtet sind, unmittelbar zu richten an die Proletariat, die in diesen Organisationen sich befinden“. So soll also in alle Organisationen der Keim der Spaltung hineingetragen werden! Ein würdiger Aufstakt!

Sowohl die Freiheit als auch der Vorwärts haben auf den Offenen Brief der USPD, sofort die einzig richtige und mögliche Antwort erteilt, indem sie übereinstimmend die Aufforderung der Spalter von Beruf zur gemeinsamen Aktion als einen dema-

agogischen Kniff hinfallen, der zu plump arrangiert wurde, als daß man auf ihn hineinfallen könnte.

Die Freiheit schreibt in ihrer Sonnabend-Ausgabe unter dem Titel Ein neuer Trick:

Dieses Ablenkungsmanöver ist ebenso durchsichtig wie lächerlich und hat nur die eine Bedeutung, daß es den vollständigen Konturs der sogenannten kommunistischen Massenpartei ohne Masken enthüllt. Es ist das Eingeständnis, daß diese großmäuligen Prahlhähne, die sich nach Halle gebüßelt haben, innerhalb kurzer Monate die Revolution zum Siege zu führen und die Diktatur zu errichten, völlig unfähig sind, allein auch nur die kleinste Reform durchzuführen, daß die Arbeiter von dieser Fiktion nichts wissen wollen.

Es ist weiter das Eingeständnis, daß es eine bewußte Lüge der kommunistischen Führer gewesen ist, die Unabhängige Sozialdemokratie begebe Verrat, weil sie für einzelne bestimmte Forderungen die Arbeiterklasse zum Kampf aufrief. Jetzt rufen die Kommunisten zu solchen Kämpfen mit viel begrenzteren Zielen, als es zum Beispiel der Kampf für die Verwirklichung der Sozialisierung des Bergbaues ist.

Ebenso entlarven sie sich als bewußte Vagabunden und Schwärmer, indem sie alle diejenigen zu gemeinsamem Handeln mit ihnen ansetzen, die sie ununterbrochen im Jargon Snowjows als Agenten der Bourgeoisie und als konterrevolutionäre Schurken beschimpfen. Diese Einladung brandmarkt sie als eideckende Verleumdung.

Es ist aber klar, daß es diesen Leuten in Wirklichkeit nicht im geringsten um die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen zu tun ist. Sie wollen die Parteien und die Gewerkschaften, die sie eben erst als Feindgarden, schlimmer als die Drackschleier, beschimpft haben, als Vorposten für ihren festengediehenen Parteienfortschritt benutzen. Ist der Zeit wieder statt geworden, so werden sie sehr rasch, wie sie es stets getan haben, den Mittkämpfern in den Rücken fallen. Den Kommunisten ist es niemals um die Aktionen, die sie vorschlagen, wirklich zu tun, sondern sie möchten sich nur neues Material für eine demagogische Scheiße gegen die Arbeiterorganisationen verschaffen.

Der Artikel schließt mit den Worten:

Eine solche Partei bietet nicht die Gewähr der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Ihre bisherige Taktik muß vielmehr das größte Mißtrauen erwecken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich auch bei ihrem neuesten Vorstoß um nichts weiter handelt, als um einen betrügerischen Trick, der die Aufmerksamkeit der breiten Massen von ihrem eigenen Panzertrost ablenken soll.

Der Vorwärts betont, natürlich unter schärfster Zurückweisung des kommunistischen „Ultimatums“ selbst, in seiner Antwort die prinzipielle Bereitwilligkeit seiner Partei zu Verhandlungen über gemeinsame Aktionen, indem er schreibt:

Diese Einladung, die gleichzeitig als Ultimatum dienen kann, ist natürlich weiter nichts als ein taktischer Kniff. Die Führer der proletarischen Einigkeit stellen sich auf einmal als Förderer dieser Einigkeit vor und verlangen von der Sozialdemokratischen Partei binnen fünf Tagen eine Erklärung, ob sie unter der Führung von Däumig und Levi in den Kampf ziehen will oder nicht. Der sozialdemokratische Parteivorstand wird jedenfalls die Antwort nicht schuldig bleiben, wie möchten aber, ohne ihm vorzugreifen, schon jetzt sagen: Die Sozialdemokratische Partei ist zu gemeinsamen Aktionen bereit, wo über die Ziele und die zu ihrer Erreichung zweckdienlichen Mittel Übereinstimmung herrscht oder auf dem Wege von Verhandlungen Übereinstimmung geschaffen werden kann. Will die KAPD mit uns verhandeln, so sind wir dazu bereit. Aber daß man uns einen Haufen teilweise völlig unzulänglicher Forderungen auf den Tisch schmeißt mit der Frage: „Wollt ihr oder wollt ihr nicht!“ — das ist ein gefälschtes albern und lächerliches Verbrechen, aus dem kein Mensch die ehrliche Absicht zu einer wirklichen Gemeinschaftsarbeit herauslesen kann.

Wir möchten den Kommunisten dringend raten, auf solche Späße zu verzichten und sich einmal mit den Vertretern der großen Arbeiterorganisationen zu vernünftigen Verhandlungen an einen Tisch zu setzen. Vielleicht wäre es auf diese Weise möglich, die neuen Dummheiten zu verhindern, die die Kommunisten zum Schaden der Arbeiterklasse zu begehen im Begriffe sind, und für die auch nur den winzigen Teil der Mitverantwortung zu übernehmen, welche Partei auf allerentschiedenste ablehnt.

Neue französische Anklagen.

Geheimer Flugzeugbau in Deutschland?

U. Paris, 11. Januar. Im Petit Journal werden nach dem Bericht eines höheren Offiziers der Heberwachungskommission mehrere Vorgänge erzählt, die als Beweis dafür dienen sollen, daß in Deutschland heimlich der Bau von Aeroplanen betrieben wird. In Fürstentum haben angeblich die Offiziere des Heberwachungsdienstes zwei Stunden nach der Durchsicherung einer großen Fabrik ganz unerwartet und gegen den Rat des deutschen Verbindungsoffiziers eine zweite Kontrolle vorgenommen. Als das Auto der französischen Offiziere in die Straße einbog, gaben die Sirenen der Fabrik Alarm. Die Türen nach den Werkstätten wurden geschlossen. Als die Kommission die Untersuchung in der allgemeinen Verwirrung begann, wurden 52 neue Motoren und 211 Schrauben gefunden, die vorher nicht dagewesen waren. In einer Berliner Fabrik, die Hugo Stinnes gehören soll, sollten sechs Stodwerke durchsucht werden. Es wurde vereinbart, drei Stodwerke vormittags und drei nachmittags in Augenchein zu nehmen. Bei der ersten Durchsicherung ließ ein Offizier absichtlich sein Notizbuch auf einem Tisch liegen. Nachmittags begab er sich selbst auf die Suche nach dem Raum, der bereits kontrolliert war. Er fand hier 60 neue Motoren, die inzwischen von den oberen Stodwerken nach den unteren gebracht waren und dort vor der Kommission verborgen werden sollten. Endlich ein dritter Fall. Der Kommission wurde mitgeteilt, daß in einer Gemeindefabrik Flugzeugmotoren versteckt seien. Zunächst wurden 125 auf einem Motor versteckte Teile gefunden. Dann geriet die Kommission mit Hilfe eines deutschen Polizeioffiziers zu einer verschlossenen Kammer, worin nach Angabe der Lehrerin ihre Tochter krank lag. Man fand hier 15 Schrauben und 30 Motoren und eine Menge anderer Teile versteckt. Die Lehrerin erklärte (immer nach dem französischen Blatt), daß es sich um Unterrichtsmaterial handle und reichte eine Schadenersatzklage von 200 000 Goldmark ein. Diese Klage wurde jedoch von General Rollet zurückgewiesen, wie es in dem Blatte heißt, zur großen Verblüffung der Berliner, die sich schon auf einen großen Skandalprojekt freuten.

Wir geben die Meldung des Pariser Blattes mit dem notwendigen Vorbehalt wieder. Pflicht der für die angeführten Vorgänge verantwortlichen Stellen ist es, sich unverzüglich zu den erheblichen Anschuldigungen zu äußern. Beruhen die Anklagen auf Wahrheit, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn das bei den Alliierten und besonders in Frankreich bestehende Mißtrauen gegen Deutschland immer wieder gestärkt wird. Die Wirkungen zeigen sich dann betänlich regelmäßig in Straf- und Zwangsmassnahmen, mit denen das deutsche Volk immer aufs neue beunruhigt und drangsalariert wird. Jedenfalls muß gefordert werden, daß die Regierung die Anklagen genau prüft und gegebenenfalls auch die Schuldigen in entsprechender Weise zur Verantwortung zieht.

Eine deutsche Note über die Dieselmotoren.

In der Angelegenheit der Dieselmotoren hat der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris der Vorkonferenz am 17. Januar eine Antwortnote zugehen lassen, in der u. a. ausgeführt wird:

Die deutsche Regierung nimmt die Versicherung der Vorkonferenz an, daß sie in keiner Weise die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigen will, mit Verleumdung entgegen. Sie nimmt ferner davon Kenntnis, daß die Vorkonferenz unter diesem Gesichtspunkte bereit ist, der friedlichen Verwendung der Dieselmotoren, deren Herstellung die Kontrollkommission gefordert hatte, kein Hindernis in den Weg zu legen. Die deutsche Regierung ist bereit, den geforderten Bericht über Standort und Verwendung aller Dieselmotoren, die am Tage des Waffenstillstandes den U-Booten zugeteilt oder von der deutschen Regierung für U-Boote bestellt gewesen sind, zu geben, und in der Zwischenzeit der Kontrollkommission die Kontrolle über die Verwendung der Motoren dieses Typs in jeder Weise zu erleichtern, da sie keinen Grund hat, die Art der Verwendung dieser Maschinen geheimzuhalten, und weil sie den alliierten Mächten beweisen will, daß der deutsche Dieselmotor in der Tat ein Friedenswerkzeug ist. Die deutsche Regierung bemerkt aber, daß sie durch die Zulage, am 31. März die Listen der Dieselmotoren vorzulegen, nicht etwa die Gewähr übernehmen will, daß die in der Liste zu verzeichnenden Motoren bis dahin sämtlich bereits in den Dienst des Wirtschaftslebens gestellt sein werden. Die Note verweist auf die Schwierigkeiten, die sich für die Überführung der Motoren in die Friedenswirtschaft bis zum 31. März ergeben. Zum Schluß wird hervorgehoben, daß die Uebernahmeverpflichtungen Beschränkungen bedeuten, die sich die deutsche Regierung freiwillig auferlegt, weil auch sie den Wunsch habe, in dieser für die deutsche Wirtschaft so wichtigen Angelegenheit zu einer Verständigung mit den alliierten Mächten zu gelangen.

Zur Entwaffnungsfrage.

Nicht das Ruhrrevier, sondern München!

Der Londoner Observer hat nach dem Vorbild gewisser offizieller englischer Blätter vorgeschlagen, falls Bayern auf seinem Widerstand gegen die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren beharre, sollten die Alliierten München und nicht das Ruhrgebiet besetzen, denn im letzteren hätten die Bergleute ihre Abneigung gegen die Beibehaltung der Einwohnerwehren deutlich ausgesprochen. Der Gedanke ist zuerst von dem Berliner Berichterstatter des Manchester Guardian ausgesprochen worden. Mehrere Blätter gemäßigter Richtung haben den Vorschlag mit der Begründung aufgenommen, daß die militärische Ausführung nicht schwer sei. Auch der englische Generalmarschall Maurice, der sich gegenwärtig in Deutschland aufhält, um die Entwaffnungsfrage zu studieren, führt in den Daily News aus, daß die Befehle des Ruhrreviers direkt die Reaktionen der deutschen Reaktionsäre spielen ließe. Es würde eine Strafmaßnahme gegen die Regierung und gegen die Linksparteien sein. Wahrscheinlich spielt dabei auch der Gedanke mit, daß England den Franzosen nicht die Verfügung über die Kohlenhöhe des Ruhrreviers geben möchte — die deutsche Kohle macht jetzt schon der englischen in Frankreich und Belgien fühlbare Konkurrenz.

Das Berliner Tageblatt will erfahren haben, in neuen Besprechungen mit den Führern der Gewerkschaften sei es der Reichsregierung gelungen, die Gewerkschaften von der Notwendigkeit der von ihr getanen Schritte in der Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren zu überzeugen.

Die Nachricht klingt sehr unglaubwürdig, wir zweifeln vorläufig daran, daß die Gewerkschaftsführer sich so leicht von der Orghelregierung einseifen lassen. Sollten sie es tun, so würde ihnen die Arbeiterschaft kräftig auf die Finger klopfen. Anscheinend handelt es sich aber nur um ein Manöver der Reichsregierung, um vor dem Ausland zu verschleiern, daß die Bergleute des Ruhrreviers unbedingt die Entwaffnung der bayerischen Escherische verlangen und die Kohlenlieferungen nach Bayern andernfalls einzustellen drohen.

Herr Escherich hat übrigens in Würzburg wieder einmal eine Rede gehalten, worin er unter den üblichen Beteuerungen der Redestreue und der Entschlossenheit, gegen jeden Vorschlag von links oder rechts (wer lacht da?) aufzutreten, erklärt: „Solange die legalen Machtmittel nicht ausreichen und die Polizei nicht absolute Ruhe und Ordnung gewährleisten kann, solange dürfen wir unsere Waffen nicht abgeben.“ Er hatte den üblichen köstlichen Welsch seiner Einwohnerwehren, die aus ganz Unterfranken zusammengekommen waren.

Polnische Truppenansammlungen an der ober-schlesischen Grenze?

Wie der Dena von „ausländischer Stelle“ gemeldet wird, habe sich die Lage in Oberschlesien durch umfangreiche Truppenansammlungen der Polen jenseits der ober-schlesischen Grenze und in den abgetretenen Gebietsteilen neuerdings wieder sehr ernst gestaltet. Der deutschen Regierung sollen zuverlässige Nachrichten über weitgehende Verstärkungen der polnischen Grenzformationen und Heranziehung anderer polnischer Heeresformationen vorliegen, die in bedrohlicher Nähe des ober-schlesischen Abstimmungsgebiets konzentriert worden seien. Die Regierung stellt eine Schätzung auf, wonach die polnische Armee in den Grenzgebieten demnächst eine Kopfzahl von rund 170 000 Mann erlangen wird, und weist darauf hin, daß trotz der angekündigten Demobilisierung auch die Bürgermehre in Polen und Westpreußen als militärische Hilfsformationen weiterbestehen. Die deutsche Regierung habe Veranlassung genommen, sowohl bei den Regierungen in London, Paris und Rom, als auch bei der polnischen Regierung Vorstellungen über die durch die Polen neu geschaffene Lage zu erheben.

Diese neueste Alarmnachricht über angebliche Vorschübe der Polen in Oberschlesien muß mit der allergrößten Vorsicht aufgenommen werden. Man erinnere sich daran, daß nach der Belaguna der ober-schlesischen Unruhen kein Tag verging, an dem nicht ähnliche Alarmnachrichten von deutschnationalistischer Seite in die Welt gesetzt wurden, deren Unrichtigkeit sich gewöhnlich bald offenbarte. Wir wollen gewiß nicht daran zweifeln, daß der polnische Militarismus und Nationalismus um kein Haar besser ist als der deutsche, aber wir wissen ebenso gut, daß die militärische und nationalistische Kamakilla in Deutschland nur einen Anstoß sucht, um sich wieder einmal in Szene zu setzen und der Welt ihre Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit zu demonstrieren.

Der erste Kriegsverbrecher-Prozess vor dem Reichsgericht.

Der erste Prozess gegen Kriegsverbrecher, der auf Grund des bekannten Gesetzes vor dem Reichsgericht verhandelt wurde, hat am 10. Januar stattgefunden. Es ist mehr als ein Zufall, es ist

symptomatisch für unsere Justiz, daß dieser erste Prozess nicht gegen einen der großen Verbrecher, noch gegen einen Offizier, sondern gegen drei Gemeine stattfand, die geflüchtet hatten. Wir sind gespannt, wann diesen gemelnen Verbrechern die ersten größeren Kriegsverbrecher aus dem Kreise der Achselträger folgen werden.

Die drei Verurteilten stehen nicht auf der Auslieferungsliste der Entente — gegen diese ist, wie mitgeteilt wird, wegen der unständlichen Ermittlungen im Auslande noch keine Sache spruchreif geworden.

Angelagt waren drei ehemalige deutsche Pioniere, die im Oktober 1918 nördlich von Lille in dem kleinen bescheidenen Städtchen Edingen sich befanden, nämlich der Zimmermann Dietrich Lotmann, 26 Jahre alt, aus der Gegend von Emden stammend, der Schloffer Paul Niesel aus Berlin, ebenfalls 26 Jahre alt, und der Schiffer Paul Sangerhausen, aus Marlenwerder bei Potsdam, 24 Jahre alt. Die Anklage lautete auf militärische Plünderung unter Drohung mit Gefahr für Leib und Leben. Die Angeklagten befanden sich am Abend des 30. Oktober 1918 mit mehreren Kameraden in dem genannten Städtchen und hatten bereits in verschiedenen Wirtschaften stark getrunken und waren dann zwischen 11 und 12 Uhr nachts in die Wirtschaft eines gewissen Canon, die eine Antimierkneipe sein soll, eingedrungen. Der Zweck des Eindringens wird verschieden geschätzt. Nach der einen Lesart suchten die Angeklagten dort nach einem Mädchen, mit dem sie sich amüßeren könnten, nach der anderen wollten sie nach dem Gelde suchen das einige Wochen vorher einem Kameraden gestohlen sein sollte. Da das Lokal von vorn bereits geschlossen war, drangen die Angeklagten durch die Hintertür nach Zerstörung der Türschloße in das Haus ein. Der Wirtsohn, der sich bereits im oberen Stock schlafen gelegt hatte, wurde durch den Lärm wach, kam die Treppe herunter und trat den Eindringlingen entgegen. Er wurde von Lotmann und Niesel in Empfang genommen, L. hielt ihm einen Revolver vor, N. ein Seitengewehr. Sie bedrohten ihn damit, daß er laut schreien auf die Knie sank und um Gnade bat, worauf er auf die Straße lief und Hilfe herbeizuholen suchte. Die Angeklagten haben sich dann nach dem ersten Stock begeben und dort wie die Wirtsohn geholt. Niesel hatte eine Kerze angezündet und dann wurden alle möglichen Behältnisse erbrochen, durchwühlt und ausgeplündert. Eine größere Summe Geld und verschiedene Wertgegenstände wurden eingestohlen, Wäsche und dergleichen wurde in dem Zimmer umhergeworfen. Durch das Geschrei Canons und seines Sohnes waren mehrere deutsche Soldaten von der Bäckerkolonie, Leute aus der Gegend von Hof in Bayern, auf das Treiben im Hause aufmerksam geworden und schließlich kam auch der Hauptmann Engelhardt im bürgerlichen Leben Professor in Bremen, hinzu. Diesen Männern gelang es, die Angeklagten L. und N. auf felscher Tat festzunehmen; N. wollte gerade über den Zaun des Gartens klettern und tat so, als ob er völlig betrunken sei. In der heutigen Verhandlung suchten die Angeklagten ihre früher gemachten Aussagen wesentlich einzuschränken und ihre früheren Geständnisse teilweise zu widerrufen. Der Angeklagte S. bestritt überhaupt, an der Plünderung teilgenommen zu haben; er will den beiden andern zugerufen haben: Ihr seid wohl verblödet! Die Beweisaufnahme erfolgte durch Vernehmung mehrerer Zeugen und Verlesung der kommissarisch erstatteten Aussagen anderer Zeugen. Der Reichsanwalt hielt die Schuld der drei Angeklagten für erwiesen. Die Verteidiger der beiden ersten Angeklagten, Dr. Süßke und Huber, plädierten für mildernde Umstände. Der Verteidiger des Angeklagten S., Rechtsanwalt Dr. Ruppe aus Berlin, trat mit großer Wärme für die Freisprechung seines Klienten ein, gegen den ein voller Beweis nicht geführt erscheinen. Unter Bezugnahme auf eine Bemerkung eines Verteidigers hielt es der Reichsanwalt für geboten, zu betonen, daß an diesem Gerichtshof keinerlei Verbeugung nach der Richtung der früheren Feldde gemacht werde, daß vielmehr lediglich nach dem deutschen Recht und Gesetz geurteilt werde. (Das durfte nicht fehlen!) Die Angeklagten erhielten sodann das letzte Wort. L. wußte nichts Wesentliches vorzubringen. N. sagte erstlich, er gebe zu, unrecht getan zu haben, und S. hat um Freisprechung.

Das Urteil lautete: Die Angeklagten werden wegen Plünderung verurteilt, und zwar L. zu fünf, N. zu vier Jahren Zuchthaus, S. zu zwei Jahren Gefängnis. Den Angeklagten L. und N. wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt. Von der ersten Untersuchungshaft wurden dem Angeklagten L. 4 Monate, dem Angeklagten N. 3 und dem Angeklagten S. 2 Monate auf die Strafe angerechnet. Für die Inzivilisierung mildernder Umstände lag nach der Urteilsbegründung bei keinem der Angeklagten ein Anlaß vor, denn sie haben in schwerster Weise ihre militärischen Pflichten verletzt und in der unverantwortlichsten Weise im Hause des Canon gehaust; auch war das Plünderungsobjekt ein erhebliches.

Das Zentrum auf dem Boden der Reaktion.

Der bekannte Zentrumsführer Trimborn hielt dieser Tage in Essen eine Rede, in der er sich über die Stellung des Zentrums zur Republik äußerte. „Die Zentrumspartei“, erklärte er, „hat die Staatsumwälzung vom 9. November 1918 stark verurteilt, weil sie eine gewaltsame war. Und wir verurteilen sie auch heute noch mit derselben Entschiedenheit. Aber es bleibt uns einzuwenden kein anderer Weg übrig, als uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen.“ Wenn das Zentrum jetzt auf dem Boden der Verfassung stehe, so nicht, weil es die Republik als die beste Staatsform hieft. Es sei der Monarchie sogar bis zum letzten Augenblick treugeblieben.

Es ist bezeichnend, daß Trimborn gerade jetzt feierlich das Bekenntnis zur Monarchie ablegt, in einem Zeitpunkt, da die Reaktion so sieberhaft wie noch nie darauf hinarbeitet, sie durch einen großangelegten Rechtsputsch wieder in den Sattel zu heben. Die Zentrumsbestie hat eine gute Witterung; sie wittert schon die Abendluft der Reaktion und beeilt sich, sich auf den Boden der Tatsachen, die, wie sie schließlich hofft, durch einen siegreichen Rechtsputsch bald gegeben sein werden, zu stellen.

Die Arbeiterschaft aber muß sich darüber klar werden, daß der brohende reaktionäre Putsch nicht nur militärisch und politisch besser vorbereitet sein wird als der Rapp-Putsch, sondern daß auch die Stellung aller Parteien rechts von den Arbeiterparteien zu den „gegebenen Tatsachen“ der Aufrichtung der Militärherrschaft eine andre als damals sein wird. Die Reaktion wird diesmal von keiner bürgerlichen Partei Widerstände zu erwarten haben, denn sowohl die demokratische Partei als auch das Zentrum werden sich freudig mit den gegebenen Tatsachen abfinden. Und wird das Proletariat in seiner Zerspitterung die Kraft zum Widerstand finden?

Für die Zechenherren.

Der christliche Gewerkschaftsbund hat für das rheinisch-westfälische Industriegebiet für den Sonntag eine Vertrauensmännerversammlung nach Duisburg einberufen gehabt, in der zur Sozialisierung der Bergwerke aufs neue Stellung genommen wurde. Im verflochtenen Jahre schien es, als ob die christlichen Gewerkschafter einer wirklichen Sozialisierung geneigt wären und für sie eintreten wollten. Je näher nun aber die Zeit rückt, wo die Vorlage dem Reichstage zugehen soll, um so mehr hufen die christlichen Gewerkschaften zurück. Die Diktatorien jener Organisationen können und wollen mit ihren parteigenössischen Re-

nerungsvertretern nicht in Gegensatz treten, weshalb Klagen sie zum Rückmarsch. Auf der Sonntagssitzung, an der angeblich 1500 Vertreter teilgenommen haben, hat der Abgeordnete Imbusch Grundlinien unterbreitet, wie er — und offenbar auch seine Hintermänner — sich die Sozialisierung denken; die Grundlinien stellen eine Mischung der Stinneschens und der Rathenau'schen Sozialisierungspläne dar und lauten wörtlich:

1. Die im Boden vorhandenen Schätze an Kohlen werden in den Besitz der Volksgemeinschaft übergeführt. 2. Die Ausbeutung wird den bisherigen Besitzern weiter überlassen. 3. Von den Besitzern wird für die Ueberlassung der Bodenschätze zur Ausbeutung eine dem Wert der Lagerstätten angepasste Abgabe erhoben. 4. Die im Bergbau beschäftigten Personen sind an der Produktion zu interessieren. 5. Die Zusammenfassung des Bergbaus auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes ist beizubehalten und auszubauen.

Das Privateigentum an den Bergwerken soll den Bergherren erhalten bleiben, das ist die Sozialisierung der christlichen Gewerkschaften. Eine Entschlebung, die diesen Grundlinien entspricht, wurde von der Versammlung angenommen.

Die Bergarbeiter fordern Einfluß auf die Verwaltung des Sonderzulagenfonds.

Die Organisationen der Bergarbeiter richteten an das Reichsarbeitsministerium eine Eingabe, in der sie die Mitverwaltung des Fonds für die Sonderzulagen an die Bergarbeiter fordern, und begründen die Forderung mit der Erregung, die in der Bergarbeiterschaft durch die Mittelung hervorgerufen worden sei, daß die Preise für Wurst und Fett erhöht werden und die Frischwurstzulage in Wegfall kommen soll. Die Erregung sei noch dadurch gesteigert worden, daß die Organisationen nicht in der Lage waren, über Einzelheiten Auskunft zu geben. Aus diesem Grunde sei es dringend notwendig, daß das Reichsarbeitsministerium alsbald die nötigen Maßnahmen zur Mitbeteiligung der Bergarbeiter an der Verwaltung des Fonds in die Wege leitet.

Die drohende Miellsteuer.

Der Miellsteuerentwurf beschäftigte dieser Tage den Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen des Reichswirtschaftsrates. Der Vorsitzende, Dr. Lutzer, machte in längeren Ausführungen geltend, daß die jetzt von der Regierung vorgesehene Abgabe von fünf Prozent keineswegs die mit dieser Miellsteuer verbundenen Hoffnungen erfülle, da schon ein Viertel ihres Erträgnisses für Erhebung und Veranlagung verschlungen würde. Dr. Lutzer trat daher für eine Erhöhung der Abgabe ein, was aber von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt wurde. — Da neben der fünfprozentigen Reichsabgabe noch eine Gemeindeabgabe in gleicher Höhe vorgesehen ist, so würde die Einführung der geplanten Miellsteuer einer Wohnungserweiterung von zehn Prozent gleichkommen.

Der einzige dauernde Erfolg, den der Kampf der staatlichen Autorität gegen die durch die Banknoteninflation verursachte Geldentwertung aufzuweisen hat, ist die künstliche Niedrighaltung der Wohnungsmieten. Dadurch wurde verhindert, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch tiefer unter das Existenzminimum sinke, als es bereits der Fall ist, es wurde aber auch dem profitierbaren Privatkapital der Anreiz zum bevölkerungspolitisch notwendigen Neubau von Wohnungen entzogen.

Wird der Miellsteuerentwurf Gesetz, so fällt die letzte Schranke, die der Geldentwertung noch gesetzt war, aber die nachteilige Rechtslage der gesetzlichen Regelung der Wohnungsmieten, die Verschärfung des Wohnungsbaugesetzes, bleibt bestehen. Wohnungsmieten und teure Mieten — das ist das Schicksal, das uns bevorsteht, wenn nicht der einzig gangbare Weg zur Lösung der Wohnungsfrage beschritten wird: die Sozialisierung des gesamten Bau- und Wohnungswesens.

Zuchthausstrafe für Nichtablieferung.

Da die Ablieferung des Getreides trotz aller Liebesgaben von Jahr zu Jahr geringer geworden ist, soll jetzt mit Androhung von Zuchthausstrafen versucht werden, die Landwirte zur Ablieferung zu veranlassen. Es wird gegenwärtig ein Gesetz ausgearbeitet, das dem Reichstage schon in nächster Zeit zugehen soll, das neben Geldstrafen nicht unter einer Woche, Geldstrafen bis zu 50000 Mk. vorzählt für den, der beschlagnahmte Vorräte von Brotgetreide, Gerste oder Hafer oder von daraus hergestellten Erzeugnissen zum Zwecke der Weiterveräußerung mit Gewinn erwirbt, oder wer derartige Vorräte an Personen abgibt, von denen er weiß oder annehmen muß, daß sie die Vorräte zum Zwecke der Weiterveräußerung mit Gewinn erwerben, oder endlich, wer Brotgetreide verfrachtet. Im Falle wiederholter Vergehen sollen die Vorschriften der Verordnung gegen den Schleichhandel in Anwendung kommen, d. h. Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter sechs Monaten.

Konferenz der Finanzminister.

Ueber die kürzlich in Bamberg abgehaltene Konferenz der Reichsfinanzminister erzählt das Berliner Tageblatt: Bei Besprechung der Landessteuergesetze forderten die Finanzminister die Steuerzuweisung aus den vorläufigen Steuern für das volle Steuerjahr vom 1. April 1920 bis 31. März 1921, während das Reich nur 1/2 Jahr Steuern bewilligte. Sie machten den Reichsfinanzminister für die durch seine Schuld hervorgerufenen Finanzausfälle haftbar und verlangen demgemäß die Zinsen aus den Krediten erlebt, die infolge der Nichtüberweisung neuer Steueranteile von den Ländern und Gemeinden aufgenommen werden mußten. Die Anwendung des § 44 des Landessteuergesetzes erklärte die Konferenz für dauernd ungeeignet und erwartet von dem Reichsfinanzminister detaillierte Erklärungen über seinen Vollzugsplan. Die Beratungen erstreckten sich weiter auf Erklärungen wegen den Landesnachtragssteuern und Einrichtung einzelner Landesfinanzorgane.

Deutsch-tschechische Verhandlungen über Wirtschaftsverträge.

Prag, 10. Januar. (U.) Staatssekretär Schuster reist in den nächsten Tagen nach Berlin, um Mißverständnisse, die sich bei dem Ein- und Ausfuhrvertrag mit Deutschland ergeben haben, zu beseitigen. — Der in Belgrad weilende deutsche Ministerialdirektor v. Stöckhhammer wird nach Prag kommen, um wegen der bereits gemeldeten Berliner Besprechungen mit tschechoslowakischen Regierungsvertretern Rücksprache zu nehmen. In der Hauptsache handelt es sich um den Kohlenvertrag, der Ende Januar abläuft.

Freigabe des in Italien beschlagnahmten kleinen deutschen Eigentums.

Rom, 8. Januar. Wie die Agenzia Stefani mitteilt, ist ein Dekret veröffentlicht worden, dem zufolge die italienische Regierung die von der deutschen Regierung mit Bezug auf italienisches Eigentum ergriffenen Maßnahmen begreift und auf das Italien

nach dem Verträge von Versailles zustehende Recht der Beschlagnahme deutschen Eigentums verzichtet, soweit dessen nach der gegenwärtigen Marktlage zu bemessender Wert die Summe von 50 000 Lire nicht übersteigt. Die Bewertung umfaßt lediglich das Eigentum deutscher Staatsangehöriger in Italien und den Kolonien; falls jedoch die deutschen Staatsangehörigen über größeres Eigentum im Auslande verfügen, so soll ihr in Italien befindlicher Kleinbesitz nicht freigegeben werden. Die Bewertung geschieht ausschließlich durch den italienischen Staat, ohne daß ein Rechtsmittel zulässig ist. Bei der Freigabe sollen Rechte Dritter geschützt werden; die Freigabe kann an Bedingungen geknüpft sein, wobei besonders unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Wohnungsverhältnisse, an im Eigentum Deutscher stehende Häuser und dergleichen gedacht wird.

Wiederaufnahme der Zahlungen im Ausgleichsverfahren.

Frankfurt a. M., 8. Januar. (U.) Der Frankfurter Zeitung wird aus Paris gemeldet, daß in den Verhandlungen über die Bezahlung der Saiben im Ausgleichsverfahren, die vorgestern in Paris begannen, die deutschen Vertreter die Wiederaufnahme der im Dezember eingestellten Zahlungen noch vor dem 15. Januar angekündigt haben. Diese deutsche Forderung dürfte sich, wie der Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung annimmt, vorerst nur auf die November-Bezahlung beziehen, die in der ersten Dezember-Woche fällig war und deren Entziehung damals unterblieben ist. Die Forderung dürfte darauf zurückzuführen sein, daß inzwischen von französischer als auch von englischer Seite die Fortsetzung der Zahlungen in der früheren Weise nachdrücklich verlangt worden ist.

Zulassung ausländischer Delegierter zu dem Kongress in Livorno.

Rom, 8. Januar. Die sozialistische Fraktion des Parlamentes hat den Bericht gebilligt, den Abgeordneter Morgari auf dem Kongress in Livorno erstattet wird. Die Regierung hat zwar den russischen Delegierten das Votivum verweigert, einigen Vertretern der sozialistischen Parteien anderer Länder ist jedoch die Einreise nach Italien gestattet worden. Es ist daher vorauszusehen, daß auf dem Kongress die ausländischen Parteien durch zahlreiche Delegierte vertreten sein werden.

Das Ergebnis der französischen Senatswahlen.

Paris, 10. Januar. Ueber das Ergebnis der Senatswahlen wird folgende offizielle Statistik ausgegeben: Es wurden gewählt 3 Konservativ, 13 Republikaner, 26 Vinsrepublikaner, 43 Sozialistisch-Radikale und 11 sozialistische Republikaner. Das Ergebnis von 2 Wahlen in den Kolonien steht noch aus. Die Konservativen haben 5 Sitze verloren, die Vins-Republikaner haben 2 Sitze gewonnen, die Republikaner ihren Besitzstand behauptet, die Sozialistisch-Radikalen verlieren 4 Sitze, die Sozialrepublikaner gewinnen 7. Der zur Wahl stehende Ackerbauminister Ricard ist nicht gewählt worden.

Zu den Senatswahlen sagt Figaro, in politischen Kreisen habe man erklärt, daß die Senatswahlen zeigen werden, daß das Volk genug habe von nationaler Bloß und das Vertrauen den Radikalen wieder zuwenden werde. Das sei nicht der Fall. Die Radikalen hätten einige Sitze verloren und es sei klar, daß die Wähler einer gemäßigten Politik zueinigten. — Humanité meint, die politische Lage werde nach den Senatswahlen so sein, wie sie gestern gewesen sei. — Echo de Paris erklärt, daß das Ergebnis des gestrigen Tages klar beweise, daß der Bloß der Vinten, das heißt die Radikalen und ihre sozialistischen Verbündeten, eine große Niederlage erlitten hätten. Die Mehrheit im Senat gehe aus dem Wahlkampf gefestigt und gestärkt hervor.

Streit um das Eisenbahnmaterial auf der Rigaer Konferenz.

O. E. Warschau, 10. Januar. Auf der Rigaer Friedenskonferenz bietet die Frage der Rückführung des rollenden Materials immer noch Schwierigkeiten. Die russischen Delegierten verweigern die Rückführungspflicht auf den Lokomotiven- und Waggonspark der Eisenbahnen Kongresspolens zu beschränken, während die polnischen Delegierten die neue Grenze hierfür als maßgebend bezeichnen. Weitere Differenzen entstanden über die zulässige Höhe des Prozentsatzes von beschädigten Lokomotiven und Waggons bei der Rückführung. Die polnischen Delegierten erklärten den russischen Standpunkt für unannehmbar, wonach der gegenwärtige Zustand der russischen Eisenbahnen zugrunde zu legen sei. Eine Verständigung ist infolge des Widerstandes der russischen Delegierten noch nicht erzielt.

Arbeiterunruhen in Rußland.

U. Warschau, 10. Januar. Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, fanden auf den Werken in Brjanok (Gouvernement Orel) schwere Arbeiterunruhen statt. Die Stadt befand sich mehrere Tage im Besitz der Aufständischen. Aus Moskau entsandte Truppen waren den Aufstand nieder. 300 Personen sollen erschossen worden sein.

U. Warschau, 10. Januar. Nach einer Meldung aus Odessa hat sich die Bevölkerung in Odessa gegen die Sowjetregierung erhoben. Die Bewegung gegen die Sowjets dehnt sich in der ganzen Gegend des Schwarzen Meeres aus.

Letland und Rußland.

Nach einer Meldung der Lettischen Telegraphenagentur hat der lettische Außenminister Meijeroms während seiner Auslandsreise Pressevertretern gegenüber geäußert, daß er an einen neuen Angriff Sowjetrußlands nicht glaube. Die lettische Regierung habe eine diesbezügliche Erklärung der Sowjetregierung erhalten. Trotzdem sei die Möglichkeit eines solchen Angriffs nicht unbedingt ausgeschlossen. In diesem Falle würde aber sofort ein enger Zusammenschluß der Randstaaten zur Bekämpfung des Feindes erfolgen. Den Abschluß eines definitiven polnisch-russischen Friedens hält der Minister für gesichert und damit wäre der allgemeine Frieden der Randstaaten mit Sowjetrußland zustande gekommen. In nächster Zeit soll eine Begegnung des Fürsten Sapieha mit Minister Reizerows stattfinden. Es werden Verhandlungen über den Verband der baltischen Republiken zu erwarten sein. Wie der lettische Außenminister weiter erklärte, erfülle die Sowjetregierung die Bedingungen des lettisch-russischen Friedens in tonaler Weise. Mit Polen, Finnland und Litauen bestehe Letland in den besten Beziehungen; es sei bestritten, den Konflikt zwischen Polen und Litauen beizulegen. Nach Liquidierung des von der Gotischen Abenteurer seien die Beziehungen zwischen Letland und Deutschland freundschaftliche geworden, so daß die normalen Wirtschaftsbeziehungen bereits wieder aufgenommen werden konnten.

Imperialistische Gelüste Amerikas auf Kuba.

Washington, 8. Januar. (U.) Das Staatsdepartement hat dem kubanischen Gesandten mitgeteilt, die Regierung hoffe, die Einmischung in kubanische Angelegenheiten vermeiden zu können.

Wenn jedoch die kubanische Regierung wünsche, daß ein Vorgehen Washingtons unterbleibe, so müsse sie selbst unverzüglich den finanziellen und politischen Wirrwarr, der auf der Insel eingerissen sei, aus der Welt schaffen. Die Vereinigten Staaten seien einer Ausdehnung des Moratoriums abgeneigt, auch müßten sie darauf bestehen, daß die auf Grund der Novemberwahlen berufene neue Regierung endlich in die Lage versetzt werde, zu amtieren. Präsident Wilson hat den General Crowder nach Havana entsandt, um der kubanischen Regierung als Berater zur Seite zu stehen.

Einigung Englands und Italiens über die Entwaffnungsfrist?

Mailand, 10. Januar. (U.) Wie der Corriere della Sera meldet, sollen Italien und England dahin übereingekommen sein Deutschland eine Entwaffnungsfrist bis zum 30. März zu gewähren. Die Zustimmung Frankreichs für diesen Termin stehe allerdings noch aus, doch hoffe man in italienischen politischen Kreisen, daß Frankreich sich notgedrungen diesem Entschluß der Alliierten anschließen werde.

Man muß die Bestätigung dieser Meldung noch abwarten. Sie würde bedeuten, daß der französische Standpunkt in der Entwaffnungsfrage im großen und ganzen richtig habe. Für die deutsche Regierung aber wird es jetzt kein Ausweichen mehr geben, sie wird klipp und klar darüber Rede stehen müssen, ob sie sich der Reaktion in die Arme geworfen habe oder die Bestimmungen des Friedensvertrages ausführen wolle.

Vorlesung der englisch-russischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 10. Januar. (U.) Die russische Regierung hat dem Verkehrs- und Handelsminister Prof. Lomonosow den Befehl erteilt, sich unverzüglich nach London zu begeben, um dort an Stelle Krassin die Führung der bolschewistischen Delegation zu übernehmen. Krassin soll nach Stockholm reisen, wo er bei schwedischen Maschinenfabriken Lokomotiven im Werte von 5 Millionen Pfund Sterling für Rußland bestellen soll. In der Frage des russisch-englischen Handelsabkommens äußert sich die bolschewistische Presse, daß die englischen Bedingungen vollständig unannehmbar seien. Die Zowetitia schreibt, daß England aufwinkend der russischen Räteregierung Verpflichtungen aufbürden will, selber aber freie Hand behalten möchte. England verlange nicht nur die Einstellung der bolschewistischen Propaganda in Kleinasien und in Persien, sondern auch im Kaukasus, der nicht zur englischen Interessensphäre gehöre.

Deutschland.

Behaltete Kriegswucherer.

Nach einem offiziellen Bericht der preussischen Landespolizei sind zwei Berliner Millionäre und Kriegsgewinnler, der Agent Martin Cohen und sein Kompagnon Angelis wegen Wuchers verhaftet worden. Beide nutzten ihre im „Heimatkriegsdienst“ gemachten Beziehungen zu Behörden für persönliche und gewinnbringende Zwecke dadurch aus, daß sie sich besonders bei der Verwaltung des Reichsbrandweinmonopols als Handelsanwäite einschalteten. Sie laurten dem dort erscheinenden Publikum auf und wuchten unter Hinweis auf ihre weitreichenden Beziehungen in den Leuten den Irrtum zu erregen, daß man besser Jahre, wenn man sich ihrer Hilfe bediene. Außerdem betätigte sich Cohen aber noch dadurch, daß er Spritagentengeschäfte auf eigene Rechnung durchführte, ohne im Besitz der erforderlichen Großhandelserslaubnis zu sein, die ihm aus bestimmten in seiner Vergangenheit liegenden Gründen zweifellos niemals erteilt worden wäre. So erhielt er z. B. von den Regierungen Vertretern der Tschekoslawaki für die Vermittlung eines Spritverkaufs von 12 Millionen Litern an das Monopolum, das von seiner Vermittlerfähigkeit nichts wußte, eine Provision von vielen hunderttausend Mark. Ueber die ihm für seine Agententätigkeit zugeflossene Provision sind über die Buchungen nicht vorhanden. Da er pro Liter der von ihm „bearbeiteten“ Spritfabrikationsgebühren und Antäufel 1 bis 2 Mark erhielt, so beläuft sich der von ihm erzielte Gewinn auf viele Millionen. Er selbst gibt sich als augenblickliches Vermögen auf acht Millionen an. Cohen führte ein äußerst luxuriöses Leben. Die nach Millionen zählenden Wertgegenstände und Bankguthaben nicht nur Cohens, sondern auch seines Sohnes Angelis, der im letzten Jahre einen anteilmäßigen Gewinn von „nur“ 1 1/2 Millionen Mark erzielt hat, sind bekannt. Beide waren bis vor einigen Jahren völlig mittellos.

Der Wumba-Standal zieht weitere Kreise.

Die Voruntersuchung des Mißbrauchsbetrugs bei der Wumba, die die Verhaftung des Millionärs Meng aus Essen, des Referenten Hering aus Berlin, des Kaufmanns Mentisch aus Essen, des Oberleutnants Bud, des Hauptmanns Berichthold und des Leutnants Sontner zur Folge hatte, ist nunmehr nach dreimonatiger Dauer beendet worden. Inzwischen haben sich neue Schwindelereien ergeben, in die die Genannten verwickelt sind. Unter dem Verdacht der Mißwirtschaft sind Haftbefehle gegen den Berliner Kaufmann Weidner, den Waffensabrikanten Burgsmüller aus Krefeld, die frühere Angestellte der Feldzeugmeisterlei Döring und die Kausleute Richter und Koch aus Spandau erlassen worden. Aus Briefen, die bei der Untersuchung beschlagnahmt wurden, sind Verwandte und Bekannte geschickt und die die Kriminalpolizei aufgefunden hat, geht hervor, daß Hering alle Anstrengungen macht, den Fall zu verdunkeln.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Wirren in der Türkei.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel wird die Warte sofort, nachdem die Mission aus Angora in Konstantinopel eingetroffen ist, offizielle Verhandlungen mit den Vertretern der Entente über die Vorschläge der türkischen Nationalisten einleiten. Nach einer weiteren Meldung hat die nationalistische Verammlung von Angora einen Erlass veröffentlicht, durch den alle Muselmanen und Nichtmuselmanen im Alter von 20-30 Jahren mobilisiert werden. — Die Havas aus Konstantinopel berichtet, sollen einige Wortprotokolle zwischen Kemalisten und Griechen in den Bezirken von Usjak und Guemlik festgefunden haben.

Verurteilungen wegen des tschechischen Kommunismus. Nach einer Meldung aus Prag wurden bei dem ersten Hochverratsprozess wegen des jüngsten kommunistischen Strafen in Höhe von 1 bis 4 Monaten schweren Kerfers verhängt.

3000 verhaftete Kommunisten. Wie das Prager kommunistische Blatt Rude Pravo mitteilt, beläuft sich die Zahl der bisher bei den tschechischen Gerichtsbehörden eingekerkerten Kommunisten auf ungefähr 3000.

Von Nah und Fern.

Eine Arbeiterfamilie verbrannt.

Köln, 10. Januar. Einem in einer Schokoladenfabrik in Köln-Mülheim ausgebrochenen Feuer ist gestern vormittag ein im Fabrikgebäude wohnender Arbeiter der Fabrik mit Frau und Kind zum Opfer gefallen.

Deuderebrand in Petersburg.

Helsingfors, 10. Januar. In Petersburg ist das am Fontanka Kanal gelegene Gebäude einer großen Druckerel, in der u. a. die Rasknaja Gaseta, die Zowetitia und die Dorfkomune gedruckt wurden, einem Brand zum Opfer gefallen. Der Brand dauerte 13 Stunden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Friedrich Bitter, Vordorck-Verlag.
Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Bielefelder

Wascht mit Standard

Alleinvertreib für Freistaat Sachsen:



Konkurrenzlos

Waschmittel-Industrie

das ist die richtige Art

J. BORBECK, LEIPZIG, SUDSTRASSE 45

Ämtliche Bekanntmachungen.

Markranstädt. Stadtebeneinberathung findet Mittwoch, den 12. Januar 1921, abends 7 Uhr, im Sitzungszimmer, Weisbachweg 1, statt.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Tauha u. Umg. Donnerstag, den 13. Januar, abds. 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Löwen. Tagesordnung: 1. Die Sozialisierung des Bergbaues. Vortrag der Genossin **Gerber**. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Große öffentl. Aufklärungsvorträge mit farb. Lichtbildern Mittwoch, den 12. Januar, im Schwarzen Jäger Beusch, Donnerstag, 13. Jan., Galth. Große Eiche Böhl.-Ehrenberg, Freitag, den 14. Januar, Galthof Windorf.

Geschlechtsverirrungen, Homoerualismus, Sadismus, Geschlechtskrankheiten u. deren Folgen Offene belehrende und aufklärende Worte für Jung und alt **Referent: P. Obenaus, Leipzig.**

Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Um freundl. Besuch dieses interessanten Vortrages wird gebeten.

Metallarbeiter

Verband Die Bibliothek steht den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und kann gegen Entgelt auch an auswärtige Mitglieder versandt werden. Krankmeldungen müssen gegen Einreichung von Verbandsbuch innerhalb drei Tagen erfolgen.

Städtische Betriebe. Freitag, den 14. Januar, abends 7 Uhr: **Vertrauensmänner-Sitzung** im Volkshaus.

Bau-Arbeiter. Freitag, den 14. Januar, abends 7^{1/2} Uhr: **Vertrauensmänner-Sitzung** im Volkshaus. Tagesordnung: Lohnbewegung. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Branchenleitung.

Metallbrüder. Sonnabend, den 15. Januar, nachm. 3 Uhr: **Branchenversammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Kommission. Die Wichtigkeit der Versammlung erfordert pünktliches Erscheinen aller Kollegen.

Osten. Montag, den 17. Januar, abends 7 Uhr: **Betriebsräte und Vertrauensleute** im Restaurant Grüne Aue, Aue, Bernhardtstraße 26. A. Kleine.

Oberschlesien

Liebe Landsleute!

Die Vorbereitung der Abstimmung bringt ungeheure Arbeit für die ausführenden Gruppen mit sich. Die Entente hat Vorschriften erlassen, die wir nur erfüllen können, wenn jeder uns unterstützt. Scheut die kleine Mühe nicht, sie lohnt für jeden von Euch und für das Vaterland tausendfach.

- 1. Wer sich noch nicht gemeldet hat, komme sofort zu seiner Gruppe.
- 2. Jeder, der noch nicht fotografiert ist, lasse sich zwei Bilder, 4 zu 4 cm, ohne Hut machen, es wird ihm gern gezahlt, und schicke sie seiner Gruppe.
- 3. Sobald die Zeitungen mitteilen, daß die Anträge unterschrieben werden können, muß jeder die Unterschrift bei seiner Gruppe leisten.
- 4. Jeder überlege sich, welche zwei Bekannten er in seinem Heimatorte oder im sonstigen belegten Oberschlesien hat, die der Behörde sagen können, wer er ist. Er teile es durch Karte seiner Gruppe mit oder sage es schnell, wenn er zur Unterschrift kommt.

Sagt nicht: Es hat Zeit! — Es hat gar keine Zeit! Es muß sofort sein, sonst ist Oberschlesien verloren. Tut alles sofort! Wir arbeiten für Euch — arbeitet Ihr mit uns!

Fr. Mag Brahn

Vorsitzender der Landesgruppe Freistaat Sachsen.

Die hiesige Gruppe ist: Leipzig, Königstraße 18, III.

Achtung! Frauen u. Mädchen d. Arbeiterklasse Achtung!

Große öffentliche Versammlung Donnerstag, den 13. Januar 1921, abends 7 Uhr

im Pantheon, Dresdner Straße **Dr. med. Jul. Moses, Berlin, spricht über Das große Sterben in Deutschland und seine Ursachen.**

Wir erwarten von Ihnen, daß Sie recht zahlreich in dieser wichtigen Versammlung erscheinen. Der Hauptvorstand Groß-Leipzig der U. S. P. D.

U. S. P. D. Alt-Leipzig, Bezirk Osten

Wir veranstalten für unsere Mitglieder und deren Angehörige **Bier Aufklärungs-Vorträge**

über: **Das Programm der Sozialdemokratie und unsere Stellung zu den verschiedenen Wirtschaftsrängen**

Vortragender: Genosse **Heinrich Fleißner.** Die Vorträge finden im Saale des **Gesellschaftshauses „Gutenbergs“**, Johannisgasse 19/21, Hof 1, abends 8 Uhr, statt. 1. Vortrag: Freitag, den 14. Januar. 3. Vortrag: Freitag, den 11. Februar. 2. Vortrag: Freitag, den 28. Januar. 4. Vortrag: Freitag, den 25. Februar. Wir erlauben unsere Mitglieder, zahlreich in diesen Vorträgen zu erscheinen. Eingeladene Gäste sind uns jederzeit willkommen. Die Bezirksleitung.

Verband der Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen

Bureau: Tauch. Str. 19/21 **Zahlstelle Leipzig** Telephonnummer: 5715

Donnerstag, den 13. Januar, abends 8^{1/2} Uhr im Saale des „Pantheon“, Dresdner Str. 20 **Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission über die Tarif-Verhandlungen vom 11. Januar mit der Vereinigung Leipziger lithographischer Anstalten. 2. Diskussion und Beschlußfassung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß sich die Versammlungsbesucher mit Verbandsbuch ausweisen. Zum vollständigen Besuch fordert alle Mitglieder auf **Die Lohnkommission. Der Vorstand.**

Es gibt keine Borgesekten mehr, welche Gewalt über Sie haben und Sie einschüchtern können. Sie lernen **frei und offen reden** und verlieren jede Scheu vor Höherstehenden, wenn Sie die epigrammatische Methode „Diplomat“ studieren. Preis Mark 6.50 franko (Nachnahme 50 Pf. mehr) **Mag Wendels Verlag, Leipzig 38/39.**

Gas und Elektr. Beleuchtungskörper, Kronen Lampen usw. sollen im Ausstellungslokal weiter billig abgegeben werden. **Reichsstraße 15.**

Hautjucken (Krätze) vielwaches Spezialmittel. **König Salomo-Apoth. Leipzig.**

Naturheilverein Leipzig III

Sonntag, den 23. Januar, nachm. 3 Uhr **General-Versammlung** im Vereinshaus.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassen- und Revisionsbericht. 3. Neuwahlen. 4. Anträge. 5. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Deutscher Werkmeisterverband (Metallindustrie). **Donnerstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr Vertrauensmänner- und Monats-Versammlung** des Bezirksvereins Leipzig VI.

Vortrag: Berufsorganisation oder Industrieverband. Alle Kollegen, die sich dem neugegründeten Bez.-Verein Metallindustrie anzuschließen gedenken, sind hierzu eingeladen. **Der Vorstand.**

Brennholz in großen und kleinen Vorken frei Haus sowie waggonweise liefert **Mitteldeutscher Briquet-Vertrieb Friedrich König, Leipzig-Kleinzschn. Dieskaustraße 39. Fernruf 40 874.**

Humoristisches Politische Couplets-Duelle-Lieder Sozialist. **THEATERSTÜCKE Rich. Lipinski LEIPZIG Königstr. 12.** Auswahl in Katalog verhängen.

Barchent Mr. 12 Mk. Handtuch 9.50, Anleitz 19.50, Hut-Latte 19.50, Kleiderstoff, doppelt, 22.-, Bett- und Tischwände, hemdenstühle, Strümpfe, Seibe usw. **am Händler u. Private. Bliker, Kantstädter * Steinweg 33, I., Tel. 3845.**

Blättertabak Kentuck, ungeschnitten, 15. kräftig... 1/2 Wd. 15. **Rippen** rein Virginia, fein u. witzig im Geschmack, Grob- 3.50 u. Feinschnitt 100 gr 3.50 **Zigarren-Geschäft Wilh. Rode Reichenhainer Str. 3.*** Aufpolstern von Sofas und Matratzen. Jelenhstraße 33.*

Die Reichseinkommensteuer von Rudolph Weid. — Preis 1.50 Mt. **Leipziger Buchdruckerei U. O., Tauchaer Str. 19/20**

Familien-Nachrichten Nach langem schwerem Leiden verchied am 8. d. Mt. früh 7 Uhr der **Kellner Hans Focker** Er war uns stets ein lieber Kollege und werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren. **Leipzig, am 9. Januar 1921. Das Gesamtpersonal im Kaffeehaus Küster.**

Heute nachmittag 1/2 2 Uhr verchied nach langer, Gebuld ertragener Krankheit unsere liebe gute Mutter Schwester und Schwiegermutter, Frau **Anna Fischer geb. Wolf** im 55. Lebensjahre. Ihr Leben war Arbeit. **L.-Stötterich, den 10. Januar 1921.** Dies zeigt in tiefer Trauer an **Anna Göckeritz geb. Fischer** zugleich im Namen der Hinterbliebenen. Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 2 Uhr, von 9 Uhr in der St. Nikolai-Kirche statt. Blumenbesuche werden erbeten. **Volz-St. 8, v.l. b. Göckeritz, entgegengenommen.**

Für die herliche Teilnahme und die uns erwiesenen Aufmerksamkeit beim Beimgange meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegermutter und Schwägerin, **Anna Köhler geb. Chevallier** sagen wir an dieser Stelle unseren aufrichtigsten herzlichsten Dank. **L.-Stötterich, den 11. Januar 1921. Artur Köhler und Kinder** nebst allen Hinterbliebenen.



Paul Baumann Fischwaren-Groß-Handlung Tel. 14122 **Windmühlenstr. 42**

Grüne Seringe 1 Waggon blutfrische grüne Seringe (ganz besonders fein und zart) 1 Pfund 2.95 Mt. 3 Pfund 8.75 Mt. 100 Pfund in Körben 265 Mt.

Neue Norw. Boll-Seringe Pfund 2.50 Mark.

Norwegische Salzseringe, Pfd. 1.50 Bei 3 Pfund 1/2 Pfund Serings-Milch gratis. Dria-Lonne, ca. 500 600 Stk., von 250 Mt. an.

Neue Schotten-Seringe, Pfd. 5.50 Diese Woche gr. Zufuhren in Fett-Bildlingen und Acker Sprossen zu billigen Preisen. Für 10 Pfund Zeitungspapier erhalten Sie 3 Pfund grüne Seringe.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. Januar.

Parteiangelegenheiten.

Ortsverein Alt-Leipzig, Zentrum und Norden. Sämtliche Gruppenführer und Funktionäre treffen sich Donnerstag, den 13. Januar, abends 1/2 8 Uhr, im Restaurant Berliner Tor, Berliner Straße 15. Sehr wichtige Besprechung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

Ortsverein Leipzig-Mockau. Der nächste Diskussionsabend findet Mittwoch, den 12. Januar, abends 1/2 8 Uhr, im Ratskeller statt. Genossin Gerber spricht über Allgemeine Gesundheitspflege.

Ortsverein Leutzsch. Mittwoch, den 12. Januar, abends 1/2 8 Uhr, Diskussionsabend im Schwarzen Jäger.

USP-Älternräte des Westbezirks. Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, wichtige Sitzung im Sophienhöfchen, Köfener Straße. Nur USP-Mitglieder sind geladen.

Kurjus Petermann. Donnerstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr, im Lehrsaal des Arbeiterbildungsinstituts, Braustraße 17, Fortsetzung.

Kurjus Jenßen VII. Mittwoch nachmittag 2 Uhr im Lehrsaal des Arbeiterbildungsinstituts.

Keine Verstaatlichung der Leipziger Krippen.

Im Februar 1920 haben die Stadtverordneten den Rat erzwungen, die Leipziger Krippen aus den Händen der privaten Wohltätigkeit in eigene Verwaltung zu übernehmen. Der Beschluß der Stadtverordneten ergab sich von selbst aus der Tatsache, daß die Ansprüche an die Stadtkasse von der Verwaltung der Krippen immer größer wurden. Es sind nun mit der Leipziger Krippenvereinigung Verhandlungen wegen der Uebernahme der Krippen durch die Stadt geführt worden, bei denen die Vereinigung nicht einer glatten Ueberführung in die Verwaltung der Stadt, sondern der Gründung einer Stiftung zugestimmt hat. Die Krippenvereinigung will sich dadurch Einfluß auf die Krippen sichern. Die Vereinigung will ihre Grundstücke im Werte von 200 000 Mk., in denen zwei Tagkrippen und zwei Säuglingsheime untergebracht sind, der Stiftung überlassen und die Stadt soll die Betriebskosten für die Krippen aufbringen.

Der Rat schreibt nun den Stadtverordneten, er habe seine Bedenken gegen die Gründung einer Stiftung zurückgestellt, trotzdem damit von dem Vorschlage der Stadtverordneten, die eine Verstaatlichung wollten, abgewichen wird. Als Grund dafür führt der Rat an, man könne von der Krippenvereinigung nicht verlangen, daß sie ihr mit vieler Mühe geschaffenes Werk ohne weiteres der Stadt schenke. Die Hauptsache aber sei, daß in der Form der vorgelegten Stiftung sowohl die sachmännliche Mitarbeit der Leipziger Krippenarbeiter ermöglicht, als auch der Einfluß der Stadtgemeinde auf Betrieb und Verwaltung maßgebend gewahrt werde. Dafür bürgt nach Ansicht des Rates der Umstand, daß die Verwaltung dem Jugendamt und einem Verwaltungsrat übertragen werden soll, der zu zwei Dritteln aus Ratsmitgliedern und Stadtverordneten besteht und dessen Vorsitzender ein Ratsmitglied ist.

Weiter schreibt der Rat: „Die Krippen können gleichzeitig rund 140 Kinder aufnehmen. Der Verpflegungstag für das einzelne Kind würde dann der Stadtgemeinde 5,60 Mk. kosten. Dieser Zuschuß kann an sich nicht als hoch bezeichnet werden. Wir hätten gleichwohl zu prüfen, ob es nicht besser sei, die Säuglinge in Familienpflege zu geben. An sich hat die Einzelpflege entschiedene Vorzüge, und unser Bestreben ist es deshalb von jeder Familienpflege zu finden. Aber es ist zu bedenken, daß geeignete Pflegeeltern sich nur unregelmäßig melden, und oft gerade dann fehlen, wenn die Nachfrage nach Säuglingsstellen besonders groß ist, daß weiter die guten Pflegestellen schon jetzt kaum weniger als 150 Mk. monatlich fordern, also nicht wesentlich billiger sind als die Krippen, und vor allem, daß die Säuglingsheime eine laufende gesundheitliche Ueberwachung der Säuglinge gewährleisten, die in der Familienpflege nicht in dem Maße gegeben ist. Eine Großstadt wie Leipzig kann jedenfalls nicht ohne Krippen und Säuglingsheime sein. Wir glauben deshalb, daß selbst ein laufender Betriebszuschuß von jährlich 280 000 Mark schließlich für Krippen zum Besten der Säuglinge aufgewendet werden muß und nicht dazu führen kann, die Krippen einfach aufzugeben.“

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

III.

Der Mensch ist ein Herdentier; es ist ein Grundgesetz seines Wesens, daß, wenn eine Gruppe Leute irgend etwas mit Elfer und Energie betreibt, der einzelne, der dies nicht tut, der sich nicht von der allgemeinen herrschenden Stimmung erfassen läßt, für die andere zur Fleischselbe des Spottes und Jörnens wird, während er im eigenen Herzen Verwirrung und Bestürzung empfindet. Dies trifft logar dann zu, wenn die Gruppe nichts andres liebt, als sich zu trennen; und um wieviel mehr ist dies der Fall, wenn sie sich darauf vorbereitet, die Demokratie zu retten!

Der einzige Ausweg für den einzelnen besteht darin, daß er sich an den Glauben klammert, seine Ueberzeugung sei dennoch die richtige, und dies werde auch eines Tages anerkannt werden, mit andern Worten, er wendet sich an eine andre Gruppe Menschen die ihm in der Zukunft Beifall spenden werden. Ist er dieses zukünftigen Beifalls gewiß, so vermag er den gegenwärtigen Spott und Hohn zu ertragen, wie aber, wenn er zu zweifeln beginnt, wenn ihn der Gedanke verfolgt, die Menschen der Zukunft könnten mit denen der Gegenwart einer Meinung sein? Einer Meinung mit diesen Leuten, die hier in Reich und Glub marschieren und Bajonette in Hünenbüche stecken lernen?

Eine der Tatsachen, die diesen ähnden Zweifel in Jimmies Seele trüb, war der Anblick Emil Forsters. Emil war einer jener Helden gewesen; Emil, der hundertmal mehr wußte als er — und der jog jetzt in den Krieg! Das Bataillon marschierte die zum Rathaus und legte dort die Gewehre ab; als Emil herauskam, trat Jimmie auf ihn zu. Der junge Teppichzeichner war äußerst erfreut und forderte ihn auf, mit ihm zu Mittag zu essen. Als sie zusammen die Straße entlang schritten, fragte Jimmie, was das Ganze zu bedeuten habe, und Emil erwiderte: „Es bedeutet, daß ich einen Entschluß gefaßt habe.“

„Sie wollen gegen die Deutschen kämpfen?“

„So selbstam es klingen mag, ich will sie um ihres eigenen Wohles willen bekämpfen. Bedel schrieb in seinen Memoiren, die einzige Möglichkeit, in einem autokratischen Lande den demokratischen Fortschritt zu erzwingen, sei eine militärische Niederlage.“

Der Widerstand der Krippenvereinigung gegen die Verstaatlichung ist völlig unbegründet. Der Einwand, daß man das mit Mühe geschaffene Werk nicht einfach verschenken könne, ist geradezu lächerlich, und der Mitarbeit der jetzigen Krippenschleute würde auch bei einem verstaatlichten Betriebe nichts im Wege stehen.

Die Stadtverordneten haben daher auch gar keinen Anlaß, von ihrem Beschluß abzuweichen. Wenn die Stadt einmal die Betriebskosten der Krippen tragen muß, dann muß sie auch die Einrichtung in eigene Verwaltung übernehmen.

Versammlung der Aussteller und Einkäufer der Leipziger Messe.

Die Leipziger Herbstmesse enttäuschte zahlreiche Aussteller, weil nicht genug Einkäufe gemacht wurden. Beide Schichten der Bevölkerung des Inlandes sind eben nicht kaufkräftig, und das Ausland kauft nur, wenn es die Waren besonders billig erwerben kann. Dazu kommt die Zersplitterung des Messewesens in Deutschland. Neue Messen finden statt in Frankfurt a. M., in Breslau, in Königsberg i. Pr. Auch hier fehlen die Einkäufer, trotzdem werden die Versuche fortgesetzt. All das beeinträchtigt die Leipziger Messe. Dazu kommt, daß hier die Aussteller und Einkäufer von zahlreichen Hotels und Gastwirtschaften gehörig ausgewuchert werden. Die Messerenden müssen die Messeeinrichtungen teuer bezahlen, und wenn dann die Aufträge nicht eingehen, ist der Mißmut in Ausstellerkreisen groß. Er lang auch unmittelbar nach der Messe in Versammlungen der Aussteller und in der Presse zum Ausdruck. Vor allem richtete sich die Kritik gegen das Meschamt. Es wurde ein Verband der Aussteller und Einkäufer der Leipziger Messe gegründet, der nun versucht, eine Reform auf dem Gebiete des Messewesens in Leipzig herbeizuführen.

Dieser Verband hielt am Montag im Kaufmännischen Vereinshause seine Generalversammlung ab. Zu ihr waren geladen Vertreter des Rates der Stadt Leipzig, der Handelskammer, des Meschamtes und der sächsischen Regierung, die auch erschienen waren.

Herr Becker-Weimar übte in langen Ausführungen Kritik am Meschamt. Dieses sei eine reine Erwerbsgesellschaft geworden. Es gründe eine Anzahl von G. m. b. H., was zu unmöglichen Zuständen führe. Eine Entscheidung des Meiteinigungsamtes zugunsten der Aussteller habe das Meschamt angefochten. Es sei eine Trennung des Meschamtes von der Zentralstelle erforderlich. Man sei auf den Abzug im Ausland angewiesen, und man vermisse jede energische Tätigkeit im Meschamt. Auch dürfe die Prüfung der Beschäftigung der Aussteller nicht übertrieben werden.

Herr Dittler erörterte das Verhältnis des Meschamtes zur Baumeffe. Die Aussteller der Baumeffe hätten sich zu einem Verbande zusammengeschlossen. Das Meschamt schreite nicht gegen die Steigerung der Mietkosten ein. Der Verband wolle auch den Minderbemittelten zur Ausstellung verhelfen. Das Meschamt habe in einem Schreiben Vorstandsmitglieder des Verbandes herabgesetzt, und man werde es wegen Beleidigung vor das Gericht zitieren.

Rechtsanwalt Brecht unterbreitete der Versammlung folgenden Antrag:

„Das Meschamt und die Zentralstelle einerseits und der Verband der Aussteller und Einkäufer der Leipziger Mustermesse G. V. andererseits sollen sofort einen paritätisch zusammengesetzten Ausschuß von zwölf Mitgliedern bilden, um die zum Schaden der Leipziger Messe bestehenden Mißhelligkeiten zu beseitigen und künftig ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten zum Besten der Leipziger Messe herbeizuführen.“

Oberbürgermeister Dr. Kothke trat für eine Einigung ein. Die Beschwerden müßten den zuständigen Stellen unterbreitet werden. Daß die Herbstmesse nicht genug Erfolg gebracht habe, liege an der Konjunktur. Einzelsfälle von Auswucherung müßten in der Presse an den Pranger gestellt werden. In Frankfurt a. M. seien die Mieten höher. Redner rechtfertigt die Gründung der G. m. b. H.

Herr Bach von der Zentralstelle der Aussteller und Einkäufer erklärte, man müsse die Mesfähigkeit prüfen, um die Schritte fernzuhalten.

Herr Tobias von der Handelskammer verteidigte das Meschamt und trat für eine Trennung der Leitung der Zentralstelle vom Meschamt ein.

Herr Dr. Kästler vom Meschamt führte aus, das Meschamt müsse die Interessenten zu den Kosten der Messe heranziehen, weil Reich und Staat das verlangen. Die Ueberhörsche von den Vermietungen würden im Interesse der Aussteller und Einkäufer verwendet. Die Mehnhäuser G. m. b. H. sei das Organ zur Durchführung der Branchenkonzentration. Das Meschamt habe auf eine Herabsetzung der Hotelpreise eingewirkt.

Der Vertreter der sächsischen Regierung, Ministerialdirektor Dr. Klien, erklärte, die Angriffe gegen die Messe seien häufig nicht sachlich gewesen. Die Interessenten müßten zu den Kosten beitragen.

Nach einer weiteren Aussprache, in der wiederum das Meschamt kritisiert wurde, erfolgte die Annahme des Antrages Brecht. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Mieterversammlung.

Montagabend tagte im Neureudnitzer Gasthof eine Mieterversammlung der Stiftung für die Erbauung billiger Wohnungen (Meyerische Häuser). Der Referent Deller verlas zunächst eine Resolution, die gegen den Beschluß des Meiteinigungsamtes auf Erhöhung der Mieten um 80 Prozent protestiert und nur eine Mietsteigerung von 1 Mt. wöchentlich zugestehen will. Abmann berichtete er über die Verhandlungen der Mieterkommission vor dem Meiteinigungsamt. Der Verwalter der Meyerischen Häuser, ein Herr Grafe, hatte sich während der Verhandlungen bereit erklärt, die Mietsteigerung von 80 Prozent auf 30 Prozent herabzusetzen. Die Kommission lehnte jedoch auch diese Mietsteigerung als ungerechtfertigt ab.

In der Diskussion wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, die Zahlung der Mietsteigerung zu verweigern bis zur öffentlichen Anerkennung des Mieterrats. Dieser soll an der praktischen Verwaltungsarbeit teilnehmen und vor allem Einsicht in die Bücher nehmen können.

Der 1. Vorsitzende des Mieterverbandes Groß-Leipzig verbreitete sich in ausführlichen Darlegungen über den Nutzen der Mieterorganisation und forderte die Anwesenden zum Zusammenschluß auf.

Kommunale Altkleiderfürsorge.

Nach Aufhebung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die öffentliche Bewirtschaftung getragener Kleidungs- und Wäschestücke hat jetzt der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Altkleiderwirtschaft eine Verordnung erlassen. Es wird darin auf Grund der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung angeordnet, daß getragene Kleidungs- und Wäschestücke entgeltlich nur veräußert werden dürfen: 1. von den durch den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin zugelassenen Personen und Stellen, 2. von anderen Personen, an die durch den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin zugelassenen Personen und Stellen. Getragene Kleidungs- und Wäschestücke dürfen nur die vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin zugelassenen Personen und Stellen gewerbsmäßig erwerben.

Trotz der angeordneten Strafe bis zu 6 Monaten Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. hat eine derartige Regelung keine genügende Wirkung. Es fehlt noch die notwendige Kontrolle darüber, daß der Altkleiderhändler die Proletarier nicht übervoorteilt, die zu diesen Altkleiderhändlern zu gehen gezwungen sind. Wir haben vor einiger Zeit einmal auf die kommunale Altkleiderregelung in Emden hingewiesen. Dort sind die Altkleiderhändler verpflichtet, genau Buch zu führen und die Namen von Käufer und Verkäufer nebst Kauf- und Verkaufspreis genau einzutragen. Wenn natürlich auch so noch immer Schieibungen unermidlich sind, so ist die Gewähr doch immer größer, als wenn nach dieser Richtung überhaupt keine Bestimmungen getroffen worden sind.

Da sich die Altkleiderregelung der Stadt Emden als soziale Regelung gut bewährt hat, so dürfte auch eine derartige Altkleiderregelung der Stadt von sozialem Werte sein. Je schwieriger die Lebensverhältnisse werden, um so größer wird die Zahl derer, die zum Altkleiderhandel zu schreiten gezwungen sind. Und das um so mehr, je weiter die Arbeitslosigkeit um sich greift. Und da die Erwerbslosigkeit bekanntlich noch lange nach dem Ausführen der Arbeitslosigkeit im Haushalte des Proletariats zu spüren ist, so dürfte ein derartiger sozialer Schutz vor Uebervoorteilung der Kernsten der Armen überall erforderlich sein.

Das Reichswirtschaftsmuseum und die Arbeiter-schaft.

Man schreibt uns: Das Reichs-Wirtschaftsmuseum in Leipzig bietet Gelegenheit, sich über sämtliche Fragen der modernen deutschen Wirtschaft, seien es nun solche landwirtschaftlicher, seien es solche industrieller Art, aufzuklären. Trotz der außerordentlichen Größe des bearbeiteten Stoffes ist es dem Leiter des Museums gelungen, die Ueberblick voll zu wahren und trotzdem jeden Wirtschaftszweig bis in die Einzelheiten dem Besichtigenden anschaulich zu machen. Sämtliche Anordnungen und Erklärungen sind so gemeinverständlich, der ganze Aufbau ist so klar gehalten, daß auch dem weniger Vorgebildeten die wirtschaftlichen Zusammenhänge, sowie das Zueinandergerissen der einzelnen Faktoren unserer Volkswirtschaft vor Augen geführt wird. Gerade unsern Arbeitern, die von Hause aus vielfach einen guten Blick für die Praxis mitbringen, ist hier Gelegenheit geboten, sich durch Anschauung auch über solche Wirtschaftszweige Aufklärung zu verschaffen, die ihnen persönlich unbekannt sind, aber im Augenblick im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Interesses stehen. Man denke z. B. an die auf der Tagesordnung stehende Frage der Sozialisierung des Bergbaues. Wieweil von den Leuten, die dafür eintreten oder auch gegenteiliger Ansicht sind, haben sich mit den Grundfragen des Bergbaues selbst vertraut gemacht? Wieweil können sich überhaupt eine richtige Vorstellung von dem Betriebe eines Bergwerks machen oder können die gegenwärtige volkswirtschaftliche Bedeutung unserer Kohlenförderung würdigen? Doch wohl kaum die Hälfte aller Arbeiter im Streite der Meinungen!

Einmal gesehen haben ist mehr wert, als hundertmal davon gehört haben“, sagt ein japanisches Sprichwort. Auch in diesem

Und ich glaube, Amerika ist vorherbestimmt, Deutschland diese Niederlage beizubringen.“

„Ja — aber — — Sie haben doch immer das Gegenteil gepredigt.“

„Ich weiß, bisweilen komme ich mir deshalb auch recht töricht vor. Doch hat sich alles verändert, und man darf die Augen nicht vor Tatsachen schließen.“

Jimmie schweig wartend.

„Besonders Rußland“ — beantwortete Emil die unausgesprochene Frage. „Was hat die Bewirtlichung des Sozialismus für einen Sinn, wenn man sich dadurch unter die Räder einer Militärmaschine wirft? Das wäre Torheit — dies muß ein jeder einsehen. Was ist Rußland heute für eine Hoffnung geblieben?“

„Die deutschen Sozialisten...“

„Scheinen völlig machtlos zu sein; mehr noch, wir müssen nun einmal einsehen, daß sie zum größten Teil keine wahren Revolutionäre sind — bloß Politiker, die nicht gegen den Strom zu schwimmen wagen; was immer auch der Grund sein mag, sie haben weder ihr eigenes Land noch Rußland gerettet. Sie können wahrlich nicht verlangen, daß wir ihnen eine dritte Möglichkeit geben: es läme uns allzu teuer zu stehen.“

„Aber — meinte Jimmie — „tun wir nicht gerade das, um denselben Willen wie sie tadeln? Wir werden patriotisch, unterstützen eine kapitalistische Regierung...“

„Wenn es sich darum handelt, eine Regierung zu unterstützen“, erwiderte Emil, „so besteht ein großer Unterschied darin, wozu sie unsre Unterstützung verwendet. Wir kennen sehr genau die Fehler unsrer Regierung, wissen jedoch auch, daß wir all dies ändern können, sobald das Volk hierzu bereit ist, und hierin liegt der Unterschied. Ich habe eingesehen, daß das deutsche Volk, wenn wir den Kaiser schlagen, diesen zum Teufel jagen wird, und dann können wir mit den Deutschen vernünftig verhandeln.“

IV.

Sie schritten eine Weile schweigend dahin; Jimmie versuchte, diese neuen Ideen in sich zu verarbeiten. Sie waren ihm neu; nicht, daß er sie nicht schon öfter gehört hätte, doch hatte er sie noch nie aus dem Munde eines Deutschen vernommen. „Wie stellt sich Ihr Vater dazu?“ fragte er schließlich.

„Er ist der gleiche geblieben, und das erschwert alles sehr;“

es kostet Mühe, Streitigkeiten auszuweichen. Er ist alt, neue Ideen wollen ihm nicht recht einleuchten. Dabei sollte er der erste sein, der derartiges begreift — sein Vater war einer der alten Revolutionäre, wurde in Dresden ins Gefängnis geworfen. Sie wissen wohl nicht viel von der deutschen Geschichte?“

„Nein, — entgegnete Jimmie.“

„In jenen Tagen kämpften die Deutschen um die Freiheit, sie wurden von den Truppen besiegt, die echten Revolutionäre in die Verbannung geschickt; etliche kamen nach Amerika, darunter auch mein Großvater. Die Kinder dieser Verbannten jedoch haben das Unrecht vergessen, das den Eltern angetan worden war — sie bliden sentimental auf ein Deutschland zurück, das nur in Erzählungen und Liedern existiert — eine Art Weihnachtsbaum-Deutschland. Sie wissen nichts von dem heutigen Deutschland, dem Deutschland der Eisen- und Kohlenkönige, das in sich alle Grausamkeit des Feudalismus mit moderner Zulänglichkeit und Wissenschaft vereinigt — das Raubtier mit dem Gehirn eines Ingenieurs.“

In Gedanken versunken strebten sie weiter. Plötzlich brach Emil aus: „Dieser Krieg ist für mich eine Offenbarung gewesen, die furchtbarste, die man sich vorstellen kann. Es ist, als lebte man eine Frau und müßte zusehen, wie sie verkrüht, wie sie zu einem wilden Tier wird. Denn auch ich glaubte an das Weihnachtsbaum-Deutschland, liebte es, verteidigte es, konnte nicht glauben, was in den Zeitungen stand. Wenn ich zurückblide, scheint mir, die deutschen Kriegsherren hätten meinem Geist eine Falle gestellt — ihr Einfluß hätte bis nach Amerika herübergeleitet, mich gezwungen, so zu denken, wie es ihnen paßte! Vielleicht bin ich nun ins andre Extrem übergegangen — ich mißtraue allem, was deutsch ist. Mein Vater bejandigte mich dessen gestern abend; er sang ein altes deutsches Lied: „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder“; und ich sagte, die Nation, die dies verkündet, sei die gleiche, die singend in Belgien einmarschiert sei!“

„Teufel!“ — rief Jimmie. Er konnte sich vorstellen, wie der alte Herrmann Forster diesen Ausspruch aufgenommen hat.

Der junge Teppichzeichner lächelte etwas traurig. „Er meint, es komme daher, weil ich die Uniform angezogen habe. Doch verfolgten mich diese Gedanken schon seit langem und trieben mich

Begrenzter Zuständigkeit sind ins Auge zu fassen. Für den Kurort Weiser Hirsch sei eine dezentralisierte Verwaltung des Kurbetriebes jedenfalls notwendig und als Bedingung anzusehen. Die Kreisbauernschaft hat spätestens innerhalb zwei Monaten nach Gehör des Kreisamtschusses über die Einverleibungen und die zu stellenden Bedingungen gutachtlich Bericht zu erstatten.

Ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekte.

Der Bankrott der Ernährungswirtschaft ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß die Regierungen nicht den Mut hatten, mit den nötigen Zwangsmitteln gegen die agrarischen Lebensmittelwucherer vorzugehen. Sie beschränkten sich in der Hauptsache darauf, die Landwirte, die nicht einmal die bewilligten hohen Preise zur Ablieferung der Nahrungsmittel veranlaßt, durch gültiges Zureden und durch salbungsvolle Ermahnungen zur Erfüllung ihrer „nationalen“ Pflichten anzuhalten. Die völlige Untauglichkeit dieses Mittels ist zweifelsfrei festgestellt. Aber immer noch wagten die Regierungen nicht, wirksame Mittel anzuwenden, sondern verlegten sich wieder aufs Bitten und Betteln. Auf Veranlassung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft finden gegenwärtig in den Kommunalverbänden „ernste Mahnungen“ an die Landwirte zur Getreideablieferung statt.

Eine der zu diesem Zwecke veranstalteten Versammlungen tagte am Sonnabendnachmittag für die Landwirte aus Leipzig-Land im Kurort Weiser in Leipzig. Landtagsabgeordneter Friedrich wies auf die Ernährungsschwierigkeiten hin und ermahnte die Landwirte, das Brotgetreide restlos abzuliefern. Das sei um so notwendiger, da die Ernte des vorigen Jahres nicht günstig gewesen sei. Weiter wies Herr Friedrich schon im voraus alle gegen die Landwirte erhobenen Vorwürfe zurück. Mit welchem Recht zeigte das Referat des Direktors Witte von der Müllervereinsung, Herr Witte wandte sich gegen die stürmischen Forderungen auf völlige Befreiung der Zwangswirtschaft. Eine Freigabe der Brotgetreideerzeugung könne aber erst dann gemahnt werden, wenn sie durch bedeutende Vermehrung der Getreideerzeugung oder durch bedeutende gesteigerte Zufuhren aus dem Ausland so gesichert ist, daß auch den minderbemittelten Kreisen die Deckung des Brotbedarfs zu erschwinglichen Preisen möglich ist. Die Anbauflächen für Brotgetreide betragen nach Feststellungen des Statistischen Amtes vor dem Kriege 8,1 Millionen Hektar mit einem Ertrage von 15 Millionen Tonnen. Diese Anbauflächen sind seitdem zurückgegangen auf 5,8 Millionen Hektar mit einem Ertrage von 9 Millionen Tonnen im Erntejahr 1919 und 7 Millionen Tonnen im Erntejahr 1920. Es darf angenommen werden, daß diese Ernteschätzung für das Erntejahr 1920 auf 7 Millionen Tonnen Brotgetreide der Wirklichkeit entspricht. Dann müßten nach Abzug von annähernd 3 1/2 Millionen Tonnen für Selbstversorger, Deputate und Saatgut immer noch 3 1/2 Millionen Tonnen an die öffentliche Hand abgeliefert werden. Es kann aber nur auf eine Gesamtablieferung aus der diesjährigen Brotgetreideernte von 2 1/2 Millionen Tonnen gerechnet werden.

Und wie im Reich, so finden sich auch in Sachsen, und speziell im Leipziger Bezirk, eine Reihe Landwirte, die die Ernährungswirtschaft sabotieren. Herr Witte sagte darüber: Wie im Reich, so geben auch die Brotgetreideablieferungen innerhalb unseres Bezirkes zu Besorgnissen Veranlassung. Wir können zwar mit Genugtuung feststellen, daß von den rund 1500 ablieferungspflichtigen Betrieben unseres Bezirkes die Hälfte treu und redlich befreit ist, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen, ja ein Teil dieser zuverlässigen Betriebe hat bereits seine Pflicht voll erfüllt und dadurch unseren Bezirk in die Lage gebracht, 78 Prozent der Weizen- und 57 Prozent der Roggenerte herinzubringen. Wenn Sie sich die Folgen vergegenwärtigen, die aus dem Ausbleiben der Restmengen entstehen können, wenn eines Tages plötzlich die Brotgetreideerzeugung innerhalb unseres Bezirkes stockt, dann wird sicherlich auch die andere Hälfte der Landwirte sich bemühen, allerhöchstens auszubrechen und abzuliefern. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß eine ganze Reihe von Landwirten noch nichts abgeliefert hat. Es könnte doch der Fall eintreten, daß eines Tages an der Schuld dieser säumigen Landwirte die Brotgetreideerzeugung zusammenbricht, wie dies schon einmal in bedrohlicher Nähe geschehen war. Die Folgen auszumalen, will ich mir versagen.

Diese Feststellungen waren den Agrariern natürlich sehr unangenehm. Herr Friedrich regte sich sichtlich auf und unterwarf Herrn Witte, daß er mit solchen Zahlen operiert habe, ohne natürlich auch nur den Versuch zu machen, das Material zu entkräften. Schließlich kam Herr Friedrich auf den grandiosen Einfall, die Aufmerksamkeit vor der Schuld der Landwirte auf den Achtsundtag abzuwälzen.

Nachdem sich die Debatte noch einige Minuten auf der gleichen „Höhe“ bewegt hatte, wurde die Versammlung geschlossen und ging wie das Hornberger Schießen auseinander. Die Reichsregierung hatte also wieder einmal „ihre Pflicht getan“ und die Wucherer und Schieber werden die Konsumenten weiter ausplündern, solange die politische Zerrissenheit und Gleichgültigkeit der Arbeiterklasse diesen Standfuß zuläßt.

Strafanzeige wegen Verleumdung des sächsischen Wirtschaftsministers.

Dresden, 10. Januar. (T.-A.) Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz hat gegen eine Anzahl Personen wegen schwerer Verleumdung anlässlich seiner Erkrankung Strafanzeige erstattet.

Zur Ortsklasseneinteilung.

Von der Intendantur des XIX. A.-K. wird uns mitgeteilt: Gemäß der Bekanntmachung über die Höhereinstufung von Orten im Ortsklassenverzeichnis - A.-G.-Bl. S. 2155 - sind im Bereiche des ehem. XIX. A.-K. die nachverzeichneten Orte mit Wirkung vom 1. 4. 1920 ab in die hinter den einzelnen Orten aufgeführten Ortsklassen eingereiht worden:

Chemnitz	A	Werdau	C
Zwickau	B	Aue	C
Meißen	B	Döbeln	C
Reichenbach	C	Burgen	C
Crimmitschau	C	Mittweida	C
Glauchau	C	Selsdorf i. B.	C
Meerane	C	Selmsdorf i. E.	B
Hohenstein-Ernstthal	C	Franzenberg	C
Rimbach	C	Veitshausen	C
Riesa	C	Großenhain	A
Falkenstein	C	Oberlansitz	B
Auerbach i. B.	C	Niederlansitz	B
Olshausen	C	Grimma	C

Die Beamten, Beamten a. R. und Angestellten der früher in diesen Orten untergeordneten Abwicklungsstellen haben hiernach den Anspruch auf Auszahlung der Differenzbeträge zwischen den bezogenen und den durch die Höhereinstufung zu erreichenden Gehältern. Für den Bereich des früheren XIX. A.-K. hat die Abwicklungsintendantur XIX. A.-K. diese Neurechnung der Gehälter und die Auszahlung der sich hieraus ergebenden Beträge vorzunehmen.

Die Abwicklungsintendantur XIX. A.-K. bittet, alle Anspruchsberechtigten, ihr beantragte Anträge bis zum 30. 1. 1921 zugehen zu lassen. Zur Vermeidung von Rückfragen sind folgende Angaben notwendig: Als was, welche Zeit und bei welcher Dienststelle befand sich der Antragsteller.

Gleichzeitig macht die Abwicklungsintendantur XIX. A.-K. darauf aufmerksam, daß die Bearbeitung der Anträge bei dem geringen Personalstande und dem Umfang der zu leistenden Mehrarbeit geraume Zeit beansprucht. Dringende Anträge bittet die Abwicklungsintendantur zu unterlassen, da dadurch die Arbeiten nur aufgehalten werden.

Eine ministerielle Berichtigung.

In der sächsischen Staatszeitung lesen wir: Es werden Gerüchte verbreitet, nach denen die Absicht bestehen oder bestanden haben soll, den Kaufmann Hahpacher in Weindöhlen zum Ministerialdirektor zu berufen. Auch in bezug auf einen Landtagsabgeordneten wird das gleiche behauptet. In diese

Gerüchten ist kein wahres Wort. Bei den in diesem Zusammenhange genannten Ministern befindet oder bestand keinerlei derartige Absicht. Auch die angeblichen Äußerungen des Herrn Hahpacher, auf Grund deren das Gerücht entstanden sein soll, werden von diesem entschieden bestritten.

Kein Notgeld in Sachsen.

Die sächsischen Handelskammern haben, wie schon verschiedentlich gemeldet worden ist, im vorigen Sommer beim Wirtschaftsministerium um die Genehmigung zur Ausgabe von einheitlichem Notgeld für ganz Sachsen nachgesucht. Nunmehr hat das Wirtschaftsministerium die erbetene Genehmigung im Vernehmen mit dem Finanzministerium abgelehnt. Die Münzwerkstätten des Reichs arbeiteten, so heißt es in dem Bescheide des Ministeriums, mit allen Kräften an der Herstellung von Kleingeld, und in allerneuester Zeit sei vom Reichsrat die weitere Ausprägung von 20 Millionen Mark an 10 Pfennigstücken bewilligt worden. Weiter hoffe das Finanzministerium, in nächster Zeit mit der Ausgabe des zum größten Teil bereits fertiggestellten Porzellan-Notgeldes beginnen zu können.

Hohenstein-Ernstthal. Am Montagabend trug sich in der Druckerlei der Webfabrik von J. G. Böttger ein schwerer Unglücksfall zu. Beim Heben von schweren Balken entglitt ein solcher dem 25 Jahre alten, erst seit kurzem eingestellten Pader Linbner aus Oberlungwitz und fiel ihm auf die Brust, wodurch er derraumt schwere innere Verletzungen erlitt, daß er nach einigen Minuten starb. Der junge Mann hatte erst am Sonntag seine Hochzeit gefeiert.

Grünhainichen. Donnerstag nacht gegen 2 Uhr brannte das Endlersche Gut vollständig nieder. Leider fanden dabei zwei junge Menschen, ein 17jähriges Mädchen und ein 10jähriger Bursche, den Tod in den Flammen. Die Ursache des Brandes ist noch ungeklärt.

Mitteldorf. In einer der letzten Nächte wurden in der Strumpffabrik Reinhold zwei Hauptriemen gestohlen, so daß der Betrieb stillgelegt ist. Nach den getroffenen Sicherheitsmaßnahmen können nur mit den Drillschleifern vertraute Personen den Diebstahl begangen haben.

Mittweida. Am Neujahrstag wurde die in der Leisniger Straße wohnende 42jährige Kriegerswitwe Hilfer von dem heimkehrenden Sohn tot in der Küche aufgefunden. Der Tod war durch Gasvergiftung eingetreten.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung.

Vor wenigen Tagen hat die Entente vor aller Welt konstatiert, daß das deutsche Unternehmertum weit über den Weltdurchschnitt hinausgehende Profite einheimst. Ein Blick auf die Dividendenhefte bestätigt diese Behauptung. Gleichwohl hindert dies die deutschen Unternehmer nicht, in den beweglichsten Tönen über den schlechten Stand der Wirtschaft zu klagen und es so hinzustellen, als ob die Unternehmer sojuzagen nur noch aus Mitleid mit den Arbeitern und Angestellten produzieren lassen.

Durch die Zerrissenheit der Arbeiterschaft ermutigt, gehen jetzt die Unternehmer zum Angriff über. Sie legen alle Hebel in Bewegung, um die Löhne „abzubauen“ und die Arbeitszeit zu verlängern.

Indirekt unterstützt werden die Unternehmer darin von den Kommunisten, die die Gewerkschaften zerplündern wollen, wodurch die Arbeiterschaft auch auf wirtschaftlichem Gebiete völlig schuhlos werden würde.

Das Zentralblatt deutscher Arbeitgeberverbände, Die deutsche Arbeitgeber-Zeitung, schreibt in ihrer Nr. 2 vom 9. Januar dieses Jahres, nach dem sie die fähige Behauptung aufstellt, daß die deutsche Industrie wegen der „hohen“ Arbeiterlöhne auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei, folgendes:

„Ob es ausreicht, die Arbeitszeit unter Gewährung der normalen Stundenlöhne für die Mehrstunden herauszufahren und auf diese Weise wenigstens mehr zu produzieren und infolgedessen mehr Rohstoffe kaufen zu können, erscheint fraglich. Sollen wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben, so werden wir voraussichtlich nicht umhin können, unter Festhaltung der letzten, auf acht Stunden berechneten Tagelöhne täglich länger zu arbeiten, um mehr und billiger zu produzieren. In Deutschland dürfte dies um so schwerer fallen, als man bisher sowohl die Löhne, als auch die Arbeitszeit den Wünschen der Arbeiterschaft gemäß gestaltet hat.“

Es ist ein starkes Stück, zu behaupten, daß die „hohen“ Löhne der deutschen Arbeiter die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie in Frage stellen. Diese Behauptung ist um so lächerlicher, als allgemein bekannt ist und jederzeit durch statistische Unterlagen belegt werden kann, daß in Wirklichkeit die deutschen Arbeiter, Angestellten und das Gros der Beamten die schlechtest bezahlten der Welt sind. Woher es denn auch kommt, daß die deutschen Unternehmer die Preise auf dem Weltmarkt so billig stellen können, daß man im Auslande von einem deutschen Dumping spricht und Escherei ist, sich durch gesetzliche Maßnahmen gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen. Doch aber die deutschen Unternehmer die billigen Preise nicht etwa auf Kosten ihres Profites schaffen beweist das Überleben der deutschen Kapitalisten, das in Nachfragen und anderen Pervertitäten seine Auswirkung findet. Von hohen Löhnen könnte man in Deutschland allenfalls reden, wenn die Kaufkraft unseres Geldes den Friedensstand erreichen oder sich wenigstens annähern würde. Aber daran ist in den nächsten Jahrzehnten ganz bestimmt nicht zu denken. Die Gesundung unseres Geldwesens findet schon in der Steuerfahndung der Kapitalisten eine unüberwindliche Schranke.

Bei dieser Sachlage können sich selbst die Unternehmer nicht gänzlich der Erkenntnis verschließen, daß einseitigen Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen ein frommer Wunsch bleiben, jedenfalls aber nicht ohne große Erschütterungen unseres Wirtschaftskörpers realisierbar sein werden. Die Arbeitgeber-Zeitung schreibt selbst:

„Es liegt auf der Hand, daß bei der Ohnmacht der Regierung einerseits und der Verheerung der Weltverhältnisse andererseits die Massen andererseits sowohl eine Verlängerung der Arbeitszeit wie auch ein Abbau der Löhne zu schweren Unruhen führen kann.“

Und ihre Untersuchung schließt sie mit den Worten: „Alles spricht somit dafür, daß wir im nächsten Jahre in Deutschland sehr schweren Zeiten entgegengehen werden.“ Womit sie zweifellos recht haben wird.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden die „sehr schweren Zeiten“ nur dann mit Erfolg überstehen können, wenn sie ihre Organisationen zu mächtigen Kampfesinstrumenten ausbauen und wenn sie selber mit nüchternem, aller Romantik entlassenen, aber doch opferbereiten Willen befeuert sind.

Noch ehe das oben Gesagte gedruckt werden konnte, erschien eine Notiz in den L. R. N. Das darin Mitgeteilte paßt auf die Lamentation des Unternehmertums wie die Faust aufs Auge.

Der Kommerzrat Kirchner in Leipzig hat nach der Notiz in der Generalversammlung der Kirchner u. Co. A.-G. L.-Sellershausen, folgendes ausgeführt:

„Die anhaltenden Preissteigerungen erschwerten beträchtlich die richtige Führung des Unternehmens. Das trotzdem sehr befriedigende Ergebnis ermöglichte es, große Reserven zurückzustellen, so daß die Aktionäre wieder große Erträge für das laufende Jahr erwarten dürfen. Der im Dezember bei dem Unternehmen ausgebrochene Streik ist wieder beigelegt, ohne daß Arbeiter ausgeschlossen worden sind. Die gegenwärtige Leistung der Arbeiter ist zur Zeit eine günstige und der Friedensleistung gleich, was besonders durch Einrichtung des Serienbaues, Massenfabrication und Komplettierung von Maschinen erreicht wurde. Entsprechend der sehr hohen Arbeitslöhne sind auch die Verkaufs-

preise hoch gehalten. Dank der hervorragenden Qualität und des guten Renommee der Kirchner Maschinen ist der Eingang der Aufträge ein recht guter, er betrug in der ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres das Vierfache gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch die Fertigkeit und Fakturierung von Maschinen erreichte ziemlich den vierfachen Betrag.“

Damit ist die Behauptung der Unternehmer, die Leistungen der Arbeiter seien mangelhaft, mit der sie bei jeder Lohnbewegung krebzen gehen und mit der eben erst der Verband der Metallindustriellen operierte, als Lüge gekennzeichnet. Wo die Produktivität der Arbeit gegen die Vorkriegszeit zurücksteht, ist dies in der Regel schlechter technischer Einrichtung, mangelhafter Betriebsführung oder der durch schlechte Ernährung der Arbeiter bedingten physischen Unmöglichkeit geschuldet. Die Arbeiterschaft wird sich dies merken müssen.

Der gestiegene Fleiß der Arbeiter drückt sich für die Kirchner-Aktionäre in bayer Münze aus. Es sollen 6 Proz. Dividende für Vorzugsaktien und 35 Proz. für Stammaktien gezahlt werden. Außerdem wird das Aktientapital um 7 Millionen auf 12 Millionen Mark erhöht. Es werden ausgegeben 3 Millionen Mark Stammaktien, die den Aktionären zum Kurse von 120 Proz. im Verhältnis 1:1 angeboten werden, 1 Million Mark Stammaktie, die den Aktionären kostenlos im Verhältnis 3:1 überlassen werden, 3 Millionen Mark 6proz., mit doppeltem Stimmrecht ausgestattete Inhaber-Vorzugsaktien. Daraus erhebt den Aktionären ein weiterer ungeheurer Gewinn. Die Kirchner u. Co.-Aktien werden zur Zeit an der Börse zum Kurse von 900 Proz. gehandelt, d. h. also, für eine Aktie, die auf 1000 Mark lautet, müssen 9000 Mark bezahlt werden. Da die Aktionäre für die neuen Aktien nur 1200 Mark pro 1000 Mark Nennwert zu bezahlen brauchen, bedeutet dies mit den 1 Million Gratisaktien im Falle des Verkaufs der Aktien ein weiterer „Verdienst“ für sie von 32,4 Millionen Mark. Das ist in der Tat ein „sehr gutes“ Geschäft für diese Sorte „Arbeitslose“. Man kann bei der Sachlage wohl verstehen, daß die Kapitalisten die Sozialisten fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Gewinne, wie die bei der Firma Kirchner erzielten, sind durchaus keine Einzelerscheinungen, sondern bilden die Regel. Und mit solchen Profitten sind die Unternehmer noch nicht einmal zufrieden. Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerungen sollen ihnen noch höhere Gewinne verschaffen.

Doppelte erbärmlich ist es bei dieser ungeheuerlichen Profitmacherei, daß die Metallarbeiter, die anerkanntermaßen zu den schlechtestbezahlten gehören, wegen einer geringfügigen Lohn-erhöhung erst in einen wochenlangen Streik eintreten müßten. Mögen die Arbeiter daran erkennen, daß sie von der Einsicht der Unternehmer nichts zu erwarten haben und sich desto fester zusammenschließen.

Abgelehnt.

Zwei Sowjetdelegierte, Rubin Meller und M. Michailoff, kamen kürzlich nach Wien, um die Buchdrucker über die Lage ihrer Berufscollegen in Sowjetrußland „aufzuklären“. Diese beiden sind nicht getragen von dem Vertrauen ihrer Kollegen, sondern eingeleitet von den Sowjetdiktatoren. Die Leitung des Buchdruckerverbandes in Wien hat es abgelehnt, eine besondere Verammlung ihrer Mitglieder zu diesem Zwecke einzuberufen. Ueber die Gründe äußert sie sich im Wiener Vorwärts also:

„Der Verband und das Kartell lehnten den Wunsch ab, nicht etwa aus Angst vor der sicherlich beschäftigten Profiteurnachete, sondern weil das Benehmen eines dieser Genossen, als er noch in Wien als Schlichter tätig war, durchaus kein solches war, daß man Ursache hätte, ihm besonderes Vertrauen entgegenzubringen. Es wurde ihm auch bedeutet, an seine Vergangenheit zu denken.“

Sie fährt dann fort:

„Man sehen die beiden als „Mitglieder des Zentralkomitees des Verbandes der graphischen Industrie“ in einem Wiener Blatt eine Aufforderung an die Arbeiter der graphischen Industrie zum Gehen, in der sie über mangelndes Entgegenkommen klagen, ihrem Schmerz über die abgewiesenen belebenden Vorträge durch Verhandlungen und Bestellungen Luft machen und wobei sie unter vollständigem Verschweigen der Gründe, warum man mit ihnen nichts zu tun haben will, in maßloser Weise hegen, schimpfen und um Abschütteln der Führer auffordern. Deutlich fürwahr und ganz im Sinne der Taktik, wie sie sehr liberal angewendet wird, ist das Benehmen der gehorhamen Schüler Lentus. Die Kollegen wollen erkennen, warum Verbandseitung und Kartell mit der Werbeaposteln nichts zu tun haben wollen. Das anmaßende Auftreten eines Menschen vermochte nicht zu imponieren, von dem es zweifelhaft ist, wen er vertritt, und der heute vor jenen „Führern“ warnet, um deren Hilfe er ansuchte, als er, hart bedrängt von der Polizei, inhaftiert war. Wir erinnern uns noch eines Rubin Meller aus Rostow am Don, ausgerechnet in Czernowitz, der über die üblichen Normen hinaus einen Ueberstufungslohnbeitrag erhob und bei seiner Abreise den Mut aufbrachte, seine eingezahlten Beiträge zurückzuverlangen. So sieht der Mann in Wirklichkeit aus.“

Nach diesen Darlegungen werden die Wiener Buchdrucker das Verhalten ihrer Leitung sicherlich billigen.

Betriebsstilllegung bei Ludwig Löwe, Berlin.

Die Kurzarbeiter der Firma Löwe verlangten vor einiger Zeit, in Zukunft vier statt drei Tage in der Woche beschäftigt zu werden und darüber hinaus eine Wirtschaftsbefähigung. Die Firma lehnte diese Forderungen ab. Eine Betriebsversammlung beschäftigte sich darauf mit der Frage der Kurzarbeiter und erklärte sich deren Forderung, die Kurzarbeiter im Einkommen mit den Vollarbeitern gleichzustellen, einverstanden. Diese Forderungen lehnte die Firma erst recht ab, nahm aber in den Verhandlungen die erste Forderung an. Die Kurzarbeiter beharrten auf ihrer letzten Forderung und erschienen an allen Tagen der Woche im Betriebe. Daraufhin erfolgte die Schließung. Weiter wird gemeldet:

Bei der Firma Löwe nahm am Montagvormittag eine Betriebsversammlung der Belegschaften Stellung zu den Betriebsvorgängen. Während von kommunistischen Rednern mit dem Gedanken der Betriebsbesetzung gespielt wurde, warnten die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes eindringlich vor einer solchen Putschaktion. Im übrigen werden die Gewerkschaften zur Schlichtung des Konfliktes eingeleitet.

Damit nimmt diese Angelegenheit eine Wendung, die nur zu begrüßen ist. Nur die Gewerkschaften sind imstande, mit den Unternehmern auf gleichem Fuße zu verhandeln, während die einzelnen Belegschaften sofort der Willkür des Unternehmers ausgeliefert sind und immer riskieren müssen, auf die Straße zu fliegen.

Solgarbeiterstreik in Dresden.

Nachdem alle Versuche, die Unternehmer zur Zahlung einer 20 prozentigen Lohnerrhöhung zu bewegen, scheiterten, die Unternehmer auch im vorhin ein erklärten, sich einem eventuellen Schiedsspruch nicht fügen zu wollen, sind rund 400 Solgarbeiter in den Streik getreten.

Vom internationalen Arbeitsamt des Völkerverbundes.

Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes des Völkerverbundes hält am 11. Januar in Genf eine Sitzung ab, die voraussichtlich mehrere Tage dauern wird, da sie die internationale Arbeitskonferenz vorzubereiten hat, die im Frühjahr der allgemeinen Versammlung des Völkerverbundes vorausgehen soll. Die wichtigsten Gegenstände der Beratung betreffen die Bekämpfung der allgemeinen Arbeitslosigkeit und die Durchführung des Achtsundtagsgesetzes sowohl in der Industrie wie in landwirtschaftlichen Betrieben.

Die Opposition auf dem allrussischen Rätekongress.

Ueber die Reden der Vertreter der Oppositionsparteien, die zur Teilnahme am Rätekongress als Gäste mit beratender Stimme geladen waren und über eine Redezeit von 15 Minuten verfügten, werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Der Sozialdemokrat (Menschewist) Dan, dem die Redezeit auf sein Ersuchen vom Kongress zweimal um je 10 Minuten verlängert wurde, trat gegen das System der lebenden Armee und gegen die Militarisierung des gesamten Lebens auf und setzte sich für die Schaffung einer Volksmiliz ein. Er kritisierte die auswärtige Politik der Sowjetregierung, der er u. a. Geheimdiplomatie und das Zusammengehen mit den türkischen Nationalisten gegen Armenien vorwarf. Er bemängelte, daß die Sowjetpolitik nicht ausschließlich auf den Frieden eingestellt sei, nahm auf Lenins Worte über bevorstehende Kriege Bezug und erklärte, daß Sowjetrußland nur Defensivkriege führen dürfe. Dan griff aufs schärfste die innere Politik der Sowjetregierung an, die ihr den Haß der Bauernschaft zugezogen habe und ihr zum Verhängnis werden würde. Die Sowjetverfassung werde mißachtet, statt eines Räteystems habe man in Wirklichkeit die Kleinwirtschaft der Kommunisten und die Oligarchie der kommunistischen Partei eingeführt. Dan gab zu, daß die Zulassung ausländischer Konzessionäre unvermeidlich sei, erhob aber Einspruch dagegen, daß diese schwerwiegende Verordnung kurz vor dem Rätekongress und ohne Befragen des Landes von dem Räte der Volkskommissare allein dekretiert worden sei. Er befürchtete die Politik der kommunistischen Internationale, die zu einer Spaltung der Arbeiterchaft führe und wies auf die Übergriffe in der Politik und Verwaltung von Seiten der allmächtigen Außerordentlichen Kommission („Tscheka“) hin, welche die Anwendung der Novemberdekrete auf die Menschewisten vereiteln habe. Der Vertreter der oppositionellen Gruppe der Sozialrevolutionäre Westi verteilte im wesentlichen denselben Standpunkt und führte aus, daß die Versuche, den Kollektivismus in der Bauernwirtschaft zwangsweise einzuführen, nur die Bauern demselben verfeinde.

Wiederaufleben des russischen Außenhandels.

Wie ein Moskauer Funkspruch meldet, sind im November d. J. 530 Waggons mit verschiedenen Waren aus dem Ausland in Sowjetrußland eingetroffen. Amerika lieferte u. a. 3 Waggons Seife, 3 Waggons Schuhe, 1 Wagon Gummschuhe, England Apothekewaren. In den letzten Tagen traf die erste Gütersendung aus Frankreich ein, darunter einige Waggons mit Gummischuhen, Schuhen und Papier. Aus Deutschland sind

Arzneimittel eingeführt worden, 8 Waggons Pflüge und 11 Waggons Sämaschinen; mit der letzten Sendung aus Deutschland trafen u. a. Kinofilme ein. Estland führte 22 Waggons Papier, Dänemark 6 Waggons Feilen nach Sowjetrußland aus. — Die Petersburger Jowestija erklären die Ausfuhr großer Mengen von Borsten, Haar, Glanz und Hanfsamen für möglich, wenn das Ausland bereit sei, dem russischen Produzenten, der keine Rohstoffe bisher verstedt hielt, Waren zu liefern. — Nach einem weiteren Moskauer Funkspruch hat die chinesische Regierung die Vertretung der Republik des Fernen Ostens davon benachrichtigt, daß sie bereit sei, Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu eröffnen. Die Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen der Republik des Fernen Ostens und Japan haben in Wladiwostok bereits begonnen. Da die Republik des Fernen Ostens in den engsten Beziehungen zu der Moskauer Sowjetregierung steht, dürften diese Verhandlungen praktisch auf direkte Verhandlungen mit der Moskauer Regierung hinauslaufen.

Verichtsaal.

Reichsgericht.

Aufkäufer eines Viehhandelsverbands als Betrüger. Das Landgericht Kassel hat am 8. Juli 1920 den Viehhändler Ferdinand Rosenstein wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zu 1 Jahre Gefängnis, 3000 Mk. Geldstrafe und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, ferner den Viehhändler Jaak Rosenstein wegen Betrugs zu 9 Monaten Gefängnis, 3000 Mk. Geldstrafe und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust. Die Angeklagten waren in den Jahren 1916—19 Aufkäufer des Viehhandelsverbands Fricklar, Ferdinand R. hat in 128 Fällen, Jaak in 20 Fällen die Abnehmer dadurch geschädigt, daß er ein höheres Gewicht angab, als die abgelieferten Tiere in Wirklichkeit hatten. Ferdinand hat zu diesem Zwecke die entsprechenden Urkunden in bezug auf das Gewicht gefälscht. Bei Großvieh wurde in der Regel das Gewicht um 20—30 Pfund zu hoch angegeben. Die von beiden Angeklagten eingelegte Revision, die nur Einwendungen gegen die tatsächlichen Feststellungen enthielt, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Schöffengericht.

Der Hiesige um 1560 Mk. geschädigt zu haben, war das Personal der Sappentische für die Eisenbahner auf dem Hauptbahnhof in Leipzig angeklagt. Der Aufsichtsführende, der als Vertrauensmann der Arbeiterchaft diesen Posten bekleidete, und fünf Köchinnen und Helferrinnen hatten das Recht, nicht nur eine Portion zu verzehren, sondern sich laitzuweisen. Sie hatten es aber zu wiederholten Malen porgezogen, ihre Portionen im rohen Zu-

stande mit nach Hause zu nehmen, was ihnen als Diebstahl angetrieben werden sollte. Ihre Auslagen, bei denen sich die zahlreiche Zuhörerchaft oft vor Widerwillen schüttelte, machten es aber sehr glaublich, daß ihnen ab und zu der Appetit vergangen war, das dort Gelochte zu verzehren.

Das Fleisch war oft mit Maden durchsetzt oder sonst so verdorben, daß es auf Anordnung des Aufsichtführenden weggeworfen werden mußte. Weizenmehl, das auf dem Lager wahrscheinlich feucht geworden war, mußte mit dem Weisse aus dem Sack geschüttet werden. Speck war minderwertig, Margarine fast immer ranzig, so daß sie erst ausgegibt werden mußte. Im Griech waren Maden, so daß er ausgegibt werden mußte, um genießbar zu sein. Wenn durch die Bemühungen des Vertrauensmannes der Arbeiter auch alles Schlimme vernichtet und schließlich nur unverdorbene Zutaten zum Essen genommen wurden, so war es den Angeklagten wohl zu glauben, daß sie nach solchen Vorarbeiten den Appetit zum Essen verloren hatten.

Gütervorsteher W. schätzt die mancherlei Verdächtigungen als leere Redereien ein und hat die Überzeugung, daß Unredlichkeiten nicht vorgekommen sind. Er war damit einverstanden, daß gekochtes Essen gegen Bezahlung mitgenommen werden dürfe, da oft Essen übrig blieb. Er hat von der Tätigkeit des Vertrauensmannes den besten Eindruck gefaßt. Die Anzeige hat die Verwaltung eingereicht, ohne ihn erst zu hören.

Unter solchen Umständen war es selbstverständlich, daß das Gericht die Angeklagten freisprach. Weniger selbstverständlich ist es aber, wie ein Verteidiger bemerkte, daß die Verwaltung nicht verbot, Rohstoffe mitzunehmen und bei Übertretung dieses Verbots wegen Diebstahls klagte, sondern ohne ein solches Verbot die Staatsanwaltschaft beauftragte.

Quittung.

Für streifende Metallarbeiter gingen weiter ein: Telegraphenarbeiter 220.—, Weihnachtsfeier Männerchor Vorwärts 51.—, Ein Werkmeister des Westens 30.—, Silvester Ortsverein Döbitz-Dewitz 36.45, Silvester Ortsverein Schönau 29.50, Straßasse von Fikentscher 46.—, Überstuf bei Teltung am 4. 1. du Quade 26.—, Zwei Extratänze Stadt Lützen 60.—, Strafgelehrer-Überstuf Grief & Co. 28.20 Mk.
Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Für den Volksausbau gingen weiter ein: Strafgelehrer der Firma Schirmer, Richter & Co. 113.25 Mk.
Gewerkschaftsstell. H. Schäfer.

Arbeiter! — werbl neue —
Volkszeitungsleser.

Weisse Wand
Kommen, Sehen, Urteilen, was geboten wird!
Jimmy Weller
Der Mann, der alle Welt bestiehlt!
4 äußerst spannende Detektivakte.
Dem Glück entgegen
Ein tiefergreifendes Lebensbild in 5 Akten
Krümeln unter Alkohol
Großer Lustspielschlager. 3 Akte.

Inventur halber biete ich Ihnen bei Ihren Einkäufen von
Gardinen
Halb-Stores — Bettdecken — Uebergardinen
alle Vorteile meiner bekannten soliden und billigen Qualitäten.
H. Stabenau Otto Schill-Strasse 6.

Licht-UT-Spiele
Nur noch 3 Tage!
Alleiniges Erstaufführungsrecht f. Leipzig.
Alfred von Ingelheims
Lebensdrama
nach dem gleichnamigen Roman von Hans Land.
In den Hauptrollen:
Bruno Kastner
Ernst Rückert, Hanni Welsch, Loop, v. Ledebor, Marta Zelenko.
Dieser Roman ist an der Kasse zu haben.
Telef. 3187
Gefährliche Fahrt 4 Akte.
Durchgang Riebeckbräu
Hainstr. 19.
Im Herzen der Stadt.

Lichtspiele
Zschocher
Telephon 40960 Inhaber: M. Raschke
Ab Dienstag bis Donnerstag:
Staatsanwalt Briands Abenteuer
II. Teil: Dem Wellengrab entronnen.
Rich. Eichbergs gewaltiger Sensations-Film in 6 Akten. Übertrifft noch den I. Teil.
Hella Moja
Die Glasprinzessin
Eine Tragödie in 4 Akten.
Ferner ein weiteres erstklass. Belpogramm.
Voranzeige: Ab Freitag **Henny Porten** in **ANNA BOLEYN**

FILMPALAST
L.-Lindonau, Gundorfer Strasse 31.
Ab heute nur 3 Tage!
12 Akte Grosses Sensations- 12 Akte
Doppelprogramm
Leichnam 427
oder: Der Raub in der Anatomie.
Harry Hill
Der Kampf in den Lüften
Tollkühnes Abenteuer des Meister-Detektivs.
Die Konserven-Braut
Lustspiel in 3 Akten.

LUNA-Lichtspiele
Lu-Li Leipzig-Eurritzsch-Schießastr.
Vom Dienstag, dem 11. bis 13. Januar
Anfang 8 und gegen 8 Uhr
„Der weiße Pfau“
5 Akte mit Hans Mierendorff.
„Es lebe die Republik.“ 4 Akte.
Paul Heidemann im 3. Aktor-Lustspiel:
Er bleibt in der Familie.

Schlosskeller-Lichtspiele.
Leipzig-Reudnitz Heinrichstraße
Vom 11. bis 13. Januar 1921
Nirvana. II. Teil.
Der Ueberfall auf die Telegraphenstation!
Der wichtigste Sensationsschlager der Gegenwart.
6 Riesenakte. — Nur 3 Tage. — 6 Riesenakte.
Thea Steinbrecher
in dem köstlichen Lustspielschlager
Nicht mit dem Feuer spielen. 3 Akte
Um göltigen Zuspruch bittet
Die neue fachmännische Direktion
Paul Goldberg.

Lindenaue Lichtspiel-Haus
Nur Lützen Strasse 19
Achtung! Von Achtung!
!!HARRY PIEL!!
!kommt heute!
Die Luftpiraten
das sensationellste Filmwerk zur Vorführung.
Dorrit Weikler und Bruno Kastner
bekommen Lebensstellung.
Das brillanteste Lustspiel, das je gezeigt.
Ab Freitag: Lepain.

Wochentags Einfah 1/5, Anfang 5, Ende 10 1/2 Uhr
Kindenfels
Karl-Heine-Strasse 50 Fernruf 18195/96
Bloody Fox
Die Todesfahrt des weißen Häuptlings
Amerikanisches Wild-West-Drama in 6 Akten
Der fliegende Zirkus
Sensationelles Drama. 3 Akte
Sohentwiel im Hegau
Serrliche Naturaufnahmen
Bis mit Donnerstag: Jugendvorstellung.

Lichtspiele
Bornaische Str.
Heute bis Donnerstag:
Oida Ibsens Geschichte.
Ein Finale zum Tagebuch einer Verlorenen.
Erschütternde Sitten- u. Liebestragödie, 7 Akte.
Hauptdarsteller: **Anita Berber, Conrad Veldt, Werner Krauß.**
Resi, Mirzi und die Suse.
Tolles Lustspiel. 3 Akte. 1 Stunde herzlich Lachen.

LICHT-SCHAUSPIELHAUS
Vom 11. bis 13. Januar:
Das grosse Sensations-Abenteurer-Filmwerk:
Die brennende Stadt.
Aeußerst spannendes Abenteurer- und Sensations-Drama.
6 Ein tollkühnes Abenteuer des indischen Meisterdetektivs **6**
Tagora Gopal.
Der Raub der Buddhastatue — Die sensationelle Flucht über die Dächer. — Die brennende Chinesenstadt u. andere Sensationen.
Hierzu:
Heiratsbureau Süßlein.
Ein ganz tolles Lustspiel in 3 Akten mit **Kurt Wolfram-Kiesslich** in der Hauptrolle.
Täglich Einlaß 5 Uhr Anfang 1/8 Uhr.
EISENBAHNSTR. 74 Sch

Wintergarten
Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96
Mia May
im Film-Drama in 6 Akten
Das wandernde Bild
oder: Die Madonna im Schnee
Von Anfang bis Ende spannennde Handlung
Gerhard Dammann
im Kultspiel
Liebe auf Rollschuhen
End der übrige reichhaltige Spielplan.
Sonntags und Sonntag: Jugendvorstellung.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Das Gewerkschaftskartell Zeitz (Prov. Sachsen) sucht für sofort einen tüchtigen Betriebsratssekretär

Reflektiert wird nur auf erste Kraft, welche das Betriebsratswesen beherrscht und in der Lage ist, die Schulung und Bildung der Betriebsräte zu übernehmen. — Bewerbungen mit der Aufschrift "Bewerbung" und Angabe von Gehaltsansprüchen sind bis zum 25. Jan. zu richten an Paul Müller, Zeitz (Prov. Sachsen), Donalesstr. 12/13, Metallarbeiter-Bureau.

Ein neuer Beruf

Ist heute die Sorge von Tausenden, die ihrer bisherigen Tätigkeit, ihres Lebensberufes beraubt sind. Allein, die umlernen müssen, empfehlen wir daher, ihre Allgemeinbildung zu heben, Examen oder Prüfungen nachzuholen, fehlende kaufmännische oder banktechnische Kenntnisse zu ergänzen, eine landwirtschaftliche Fachbildung zu erwerben oder technisches u. fachwissenschaftliches Können zu vervollkommen. Vorlangen Sie daher noch heute ausführlichen Prospekt R. 191 über die Selbstunterrichtsmethode Rustin oder für technische und fachwissenschaftliche Bildung den ausführlichen Prospekt K. 202 über das System Karnack-Hachfeld kostenlos und portofrei. Stand und Beruf bitten wir anzugeben. Bonness & Hachfeld, Verlagsbuchh., Potsdam.

Lackfieder oder Lackfiedemeister

von erster, bekannter Lackfabrik gesucht. Dauerstellung sowie hohes Einkommen wird bei zufriedenstellender Leistung zugesichert. Diskretion gewährleistet. Gest. Angebote unter K. K. 8322 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

Geldschrank-Schlosser

(Selbständige) stellen sofort ein Braune & Roff Fabrik für Geldschränke.

Pianist f. Tanzst. ff. a. m. Not. meld. heute 1/2 Mittelstr. 11.

Hautierer (innen) f. tägl. v. Geld verb. m. ff. vt. Mthn. Näh. Mittelstr. 17. vt. Schürz. u. Semdenmacherin, neuhdt. Einertstraße 1. IV. I. Wo kann i. Frau Zigaretten machen erkennen? Gegen a. Verant. Off. 800 Wil. Wolffm.

Verkäufe

Solange Vorrat reicht: Ia Schmalz Pf. 16.20 Ia Margarine " 13.80 Braill.-Reis " 4.20 Weiße Bohnen " 2.10 Hansschl. Wurst " 6.50 Kernseife (500 Gramm) 6.00 Alle Sorten Gemüse billigst. Kartoffeln (10 Pfd.) 4.70 2. Kleinschöcher Hoffmann Lugaer Str. 18a. Gde. Wittibstr.

Schmalz Mt. 15.50 Wiederverkauf, billiger Eierhandlg. Kreuzstr. 17. Deut. Handelsverlaufs

Breisabbau! Ia Fett Pfund 16.50 Prima Reis Pfund 3.75 Rübenfett Pfund 2.90 Feichtingers Lebensmittel-Ecke P. Schö., Stettiner Str. 54. I.

Honig, Pfund 6 Mt. Anger, Herbartstraße 4.

Karbid Glühstrümpfe, Gaszild. kauft man portiehbait b. Felst. Rödelstr. 12 Straßenbahn 1 und 8. Wiederverkauf, extra Rabatt

Mais Wd. 2.60, 2.50 bei 10 Pfd. Hühnerfutter Wd. 1.80 bei 10 Pfd. 1.70 Hundefutchen Wd. 2.50 bei 10 Pfd. 2.35 Feist. Wd. 1.20 bei 10 Pfd. 1.10 Rauchtiefel, 80 Mark, verfert. Ab., Mühlstr. 2-4, S. 2. Tür 11.

Für die Turnstunde

Graue und braune Turnschuhe mit angegossenen Gummisohlen

Table with 3 columns: Size (22/28, 29/35, 36/41) and Price (26.50, 29.50, 45.00). Total price 48.00.

Nordheimer



In Manchester-Hosen, englische Lederstich-Hosen vt. Ab., Frommannstr. 12, Lad. I. Schlafzimmer u. Küche neu, perf. Turnerstraße 7. I.

Militär-Hosen

Hosen, Mäntel, Schuhe, Stiefel, Beize- und Leibwäsche, nebst Historien-Lichtspiele indmühlentstr. 33. I.

El. Cutaway mit Beize v. 130.- an Mod. Anzug " 280.- " Geltr. Hosen " 78.- " Gehros-Anz. " 350.- " Burgstraße 13. II. I.

3 Anzüge, modern, 275, 375 Cutaway, geltr. Hölz 275, 450 Gehrosanzug, ein. Hosen 80 Ulster Demmeringstr. 72. II. I.

Wastafelische gar. emt von 200 Mt. an Herrenfragen 100 Mt., low Kreuzf. Rinder-garnitur in jeder Preislage. Reimer Eisenbahnstr. 69. P. d. und Dainstr. 29. II. I.

Hemden f. Damen 25.- Hemdenherren m 12.- Bettzeug m. Kissen 140.- Barthen-Bettuch Stk. 35.- Handtuch Stück 6.- Hemdentuch, Messel, Damast, Stangenleinen sehr billig Koblenartenstr. 20. I. Unts.

Konfirmanden-Anzüge

ganz besonders billig. Größte Auswahl, beste Qualität. J. Kindermann Neumarkt 1. I. Etag. Gegr. 1880, Tel. 16057.

Die Reichseinkommensteuer

Gemeinverständliche Darstellung des Reichseinkommensteuer-Gesetzes für Arbeiter, Angestellte und Beamte unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitseinkommens mit Beispielen für die Steuerberechnung, Steuertabelle und Tarif

Von Rudolf Weck Königsberg i. Pr. Preis 1.50 Mk.

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen. Leipziger Buchdruckerei A. G. Abt. Buchhandlung - Tauchaer Straße 19/21

Lebensmittel

Kaffee bedeutend billiger!

Table listing coffee and cocoa products with prices: Kaffee gebrannt Pfund 30.- 25.- 21.00, Kakao garant. rein, dunkel Pfund 21.50, Wan-Eta-Kakao engl. Pfd. 18.50, Viktoria-Erbesen Pfund 3.25, Halbe Erbsen Pfund 3.50, Grüne Erbsen Pfund 3.- 2.00, Zucker-Erbesen Pfund 2.85, Perl-Bohnen Pfund 3.75.

Table listing Haferflocken and Rangoon-Bohnen: Haferflocken Pfd. 3.90, Rangoon-Bohnen Pfd. 1.90.

Table listing Maisgrieß and Reispuder: Maisgrieß gelb Pfund 3.30, Maisgrieß weiß Pfund 3.60, Maispuder Pfund 5.00, Reispuder Pfund 4.50.

Table listing Reines Schweine-Schmalz and Margarine: Reines Schweine-Schmalz Pfund 16.00, Margarine Pfund 14.00 13.00.

ALTHOFF

Das Tagesgespräch

sind jetzt meine billigen Preise im Inventur-Ausverkauf Kommen Sie und prüfen Sie selbst!

Strumpf-Eulitz

Das sind meine billigen Preise im Inventur-Ausverkauf Kommen Sie und prüfen Sie selbst!

M.-Hemden, 30 u. 40 Mt. vt. P. R. Frommannstr. 12. P. d.

Kleiderhosen, 1 Paar, 1 Bettst. perf. Bo. Kollifortstr. 47. II. I.

Kleiderhosen, Bettst. m. M. billig Reimer Straße 38. II. I.

Kleiderhosen, Bettst. m. M. Ausatembild b. Schmiedek. 7. P. d.

Küche, Schlafzimmer, Chais. bill. Schmiedek. 7. P. d.

Rücheneinrichtg. 350. Sofa 250. Badetanzg. Nähmisch. 295. vt. Reudn. Kapellenstr. 9a. P. d.

Wäsche u. Stoffe billig zu verk. Senefelderstraße 21. I. I.

Sofa, Küche, Stühle, 4 Stühle, Tisch, Bo., Katalienstr. 19. P. I.

Bettst. m. Matr., auterb., bill. Lind. Cranachstraße 1a. P. r.

Bettst. m. Matr., auterb., gelblich. Spiegel, Klappwaschtisch, per. kauft Körnerstraße 14. part.

Bettst., alt, m. Matr., 2 Tisch vt. P. d. Sad. Ullrichstraße 16.

Konzertina, 188. vt. Gram-moph. m. 120. Barak. 9. IV.

Singer-Nähmisch. Nr. 800. 7. a. vt. Brandvorwerkstr. 1. IV. I.

Fahrrad m. Freif. u. Vereif. a. vt. Modau, Verh. 6. II. I.

Rinderw., atb., hell, Klappw. m. Verd. b. Wurmer Str. 68. I. I.

Washwannen 70 cm, v. 50. vt. an. Weißfäßer Wäschelein. Wolfstr. 44. P. d.

Schneidertisch m. 38. Läden-tisch. Schrant, Bettst. m. Matr., Federbt. vt. Bo. Ewaldstr. 17.

Raninchen-Stall, 6 teilig, zu vt. Altenburger Str. 48. III. I.

Nähm., autb., Rundschiff, a. Verord. 3. vt. Off. m. Preis 120. vt. Hüllische Str. 283. vt. I.

Kinderw. od. Klappw. a. def. ein. Rindst. m. Matr. vt. Müller Schö., Stettiner Str. 128. IV.

Kinderw. od. Klappw. kauft Stolle, Eberhardstr. 8. I.

Klappwagen u. Kinderbett kauft Breitenfelder Str. 97. I. I.

Kupfer, Blei Messing, Zink t. Gde. Paul, Turnerstr. 13. S. I.

Felle aller Art kauft Kürsch. Weiss. Blauenische Str. 7. II. I.

Fellen- und Ranin Felle kauft Kürschner Grundig :: Gohlis

Strahburger Str. 8. IV

Kaufen nach wie vor sämtliche rohen Felle Bildwaren, Tierhaare J. & J. Wagner

Brühl 21. III. I. Tel. 9950 :: Fabrikant

Felle kauft Rosenzweig Kleine Fleischergasse 16. I. I.

Bermischte Anzeigen Ich nehme die Besichtigung gegen Herrn Willi Herrmann an u. reuevoll zurück. Arthur Schaarshmidt.

Stunfofranen, Silvester 7 U. Eifenbahnhalle ver. Abg. g. h. Belohn. Eifenbahnhalle 27. I.

Dobermann ohne Halsband entlaufen. Vor Schladten u. Antanf wird erwartet. Geg. gute Belohnung abzugeben. Naumburger Str. 57. I. II.

Stat. u. Strohmannbilder find. immer Ansicht. F. Holmann. Nonnenstr. 22. Nonnenstübchen.

Uhrmacher Urban Spezialist für Reparaturen Wächterstraße 26.

B. Berleib-Institut feim. Gesellschaftsanstalt J. Kindermann

Neumarkt 1. I. Ed. Grimm. St.

Belzianen Umarbeiten billig, Hainstraße 29, II., und Eisenbahnstraße 69, Laden, Telefon 69 029. I.

Konfirm.-Kld. Wdch. u. Kn. Gard. im Umänd. all. Art. aut. S. d. H. W. W. G. 11. IV. I.

Wäsche wird saub. aut u. bill. ausa. Bayerische Str. 56. S. III. I.

Wohnungen Jung. Maler, Akadem., sucht als Atelier 1 leeres helles u. 1 kleiner Zimmer, mögl. sep. Eingang. Off. E. 90 Exp. d. Bl.

Zwei Zent. Stb., Kam., Kü. sofort gegen II. zu tausch. gel. Lindenau, Reuterstr. 1. I. I. S.

Tausche Stube, Kam., Küche, Klein. neg. groß. Volkmarstr. Kollifortstr. 23. Wdch. III. II.

Tausche Stube, 2 Kamern. Küche, Küche, Gas, 24.0. im Südviertel, neg. gleiched. groß. Off. u. D. 89 Exp. d. Bl.

Wohnungen

